

## REZENSIONEN

### A. Allgemeines

VSWG 104, 2017/4, 562–563

Frank Bösch (Hg.)

#### **Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000**

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 491 S. (6 Abb., 7 Tab.), 35,00 €.

Der Band versteht sich als Beitrag zu einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte, einer „geteilten Geschichte“, die die beiden deutschen Teilstaaten gleichwohl verflochten zeigt. Dieses nationalgeschichtliche Narrativ ist trotz transnationaler Trends mehrfach begründbar. Beide deutsche Staaten knüpften an eine gemeinsame Geschichte an, waren als Kommunikationsraum weit enger verbunden als mit anderen Nachbarstaaten und in Konkurrenz und Abgrenzung stärker aufeinander bezogen als auf andere Staaten. Schließlich, so der Herausgeber, lege es die gemeinsame Geschichte seit 1990 nahe, die geteilte Vorgeschichte in den Blick zu nehmen. Der Beginn des Untersuchungszeitraums wird mit der Bedeutung der 1970er Jahre begründet, einer Phase, in der sich „unsere gegenwärtige Lebenswelt formierte“ (S. 21). Das Jahr 2000 dient als Orientierungspunkt. Die meisten Beiträge reichen in ihren Ausblicken über dieses Datum hinaus.

Das Zäsurübergreifende macht den Reiz dieses Bandes aus. Für die Entwicklung ab 1990 ist zu fragen: Lässt sich außer der Anpassung „des Ostens“ an „den Westen“ auch ein Wandel in der „alten“ Bundesrepublik erkennen? Handelt es sich um eine „doppelte Transformation“ (Best/Holtmann), in denen einigungsbedingte Probleme von globalen Herausforderungen überlagert wurden, diente die ehemalige DDR als neoliberales „Experimentierfeld“? An diese einleitende Vermessung der Thematik schließen sich elf Beiträge mit vorwiegend sozial- und kulturgeschichtlicher Ausrichtung an. Den Anfang machen Frank Bösch und Jens Giesecke allerdings mit ihrem Beitrag zum „Wandel des Politischen in Ost und West“, der bewusst nicht die politischen Systeme vergleicht – deren Unterschiede sind hinlänglich bekannt. Es geht vielmehr um politische Stimmungslagen und Protestentwicklungen, um den Grad der Politisierung, der sich in den 1970/80er Jahren in der bundesdeutschen Gesellschaft als stark erwies, während in der DDR Distanz und Erstarrung der Bevölkerung erkennbar waren (S. 49). In den „neuen Bundesländern“ wurden Ohnmachtsgefühle angesichts der Erfahrungen der Transformationsphase registriert.

Es folgen Beiträge zur Wirtschaft und Ökologie: Die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre und die unterschiedlichen Ausprägungen ökonomischen Strukturwandels (Ralf Ahrens / André Steiner), die naturgegebene Verflechtung durch Flüsse (Werra und Elbe) und Luft, deren Folgelasten sowie die einsetzenden Umweltpolitiken (Frank Uekötter). Mit den zwei Wegen von Sozialstaatlichkeit und sozialer Ungleichheit befasst sich Winfried Süß. Die Finanzierung der Einheit durch die Sozialkassen markiert er als besonders problematisches Element der Vereinigung. Den Wandel der Arbeitswelt, von Rationalisierung, Automatisierung und Digitalisierung gekennzeichnet, thematisiert Rüdiger Hachtmann, der im Unterschied zu vielen zeitgeschichtlichen Übersichten

auch die Rolle der Gewerkschaften in den Blick nimmt. Christopher Neumaier und Andreas Ludwig („Individualisierung von Lebenswelten“) machen Prozesse einer Pluralisierung von Lebensformen in beiden deutschen Gesellschaften sichtbar, wenn auch zeitversetzt und unterschiedlich stark ausgeprägt. Die weiteren Beiträge schließen an diese Perspektiven an: „Computerisierung als gesellschaftlicher Wandel“ (Jürgen Danyel / Anette Schumann), „Bildungswettlauf“ – „Bildungswettbewerb“ mit wichtigen Hinweisen zur Transformation ab 1990 (Emmanuel Droit / Wilfried Rudloff). Die neuen Bundesländer waren nicht bloß Nachahmer des westlichen Systems, sondern auch Vorreiter für neue Wege (S. 356/360). Im Beitrag zur Migration, der die innerdeutschen Wanderungen wie auch die diversen Zuwanderungen und die Frage des Reisens einbezieht, formuliert Maren Möhring die These, die Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen nach 1990 habe sich (auch) über die Ausgrenzung von Migranten vollzogen (S. 408). Sport ist ein beliebtes Thema nicht nur der Systemkonkurrenz und des Systemvergleichs, sondern auch diverser Verflechtungen. Jutta Braun bezieht in ihrem Aufsatz den Spitzen- und den Breitensport ein; die Westorientierung zeigte sich besonders in der ostdeutschen Fußballfankultur. Trotz der deutlichen Unterschiede der deutschen Presselandschaften verweist der letzte Beitrag von Frank Bösch und Christoph Classen auf systemübergreifende Entwicklungen, wie eine stärkere Betonung von Unterhaltung, die Attraktivität von Magazinen („Brigitte“, „Für Dich“) und deren Rolle für die Förderung der Konsumgesellschaft.

Zweifellos gibt es Ergänzungsmöglichkeiten der bearbeiteten Themenpalette, z. B. hinsichtlich der Rolle der deutschen Staaten bzw. Deutschlands auf internationalem Parkett, aber auch im weiten Feld der (Sub-)Kultur. Gleichwohl liegt mit diesem Band ein profunder Überblick zur verflochtenen und vereinten deutschen Geschichte vor, der über bisherige Ansätze hinausweist.

DETLEV BRUNNER

Leipzig

VSWG 104, 2017/4, 563–564

Moritz Föllmer

**„Ein Leben wie im Traum“. Kultur im Dritten Reich**

(Die Deutschen und der Nationalsozialismus 5). Beck, München 2016, 288 S. (5 Abb.), 16,95 €.

Auf dem beim Verlag gestalteten Paperback-Umschlag wird das Buch unter drei Titeln angeboten: „Die Deutschen und der Nationalsozialismus“, „Ein Leben wie im Traum“ und „Kultur im Dritten Reich“. Der letztgenannte soll wohl der treffende Titel sein, aber was Föllmer hier vermittelt, ist nicht ein Bild der Kultur im „Dritten Reich“ im engeren Sinn, sondern eines im weiteren. Im engeren Sinn – das hieße in der Malerei vom Expressionismus-Streit der mittdreißiger Jahre zu sprechen, nach dem der nationalsozialistische Realismus obsiegte. Oder die Thing-Festspiele bis 1936 zu deuten. Oder die speziell als Plattform auf Goebbels zugeschnittene Zeitung *Das Reich* während des Kriegs einzuschätzen. Hier und da berührt Föllmer solche Komplexe. Aber wichtige Fragen zur Kultur im „Dritten Reich“ bleiben unbeantwortet – etwa an Hand von Beispielen zu er-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

klären, wie die Moderne der Weimarer Republik und tradierte Formen von Kunst und Kultur nach 1933 aufeinanderprallten, sodass lediglich eine neuaufgelegte Tradition aus dem 19. Jh. übrig blieb. Und wo Föllmer kulturelle Sachverhalte untersucht, bleibt er häufig ungenau, beispielsweise wenn er meint, unter den Nazis sei kein Gerhart-Hauptmann-Stück dramatisiert oder die Filmbranche sei durch eine Filmakademie „gekrönt“ worden (S. 86). Im Fall Hauptmann unterschlägt er den Film *Der Herrscher* (1937), und die Filmakademie von 1938 verschwand klanglos schon zur Zeit des Kriegsbeginns. Summa summarum lässt sich nicht sagen, dass Föllmer eine spezifische Kultur der Nationalsozialisten beschrieben hätte, selbst wenn er schildern kann, was ihnen *nicht* gepasst hat.

Tatsächlich rangiert Föllmers Buch unter dem Etikett „Die Deutschen und der Nationalsozialismus“ und steht damit in einer Reihe ähnlicher Werke, unlängst verfasst von Michael Grüttner und Michael Wildt und vor Jahrzehnten schon von Peter Reichel, Marlis Steinert und Hans Dieter Schäfer. Und als solches hat es unbedingt seinen Wert. Föllmers Werk ist eine weitere Geschichte des Alltags im Dritten Reich, es ist Sozialgeschichte mit Ausblicken auf die Kultur – wobei nicht zwischen hoher und niedriger Kultur unterschieden wird – und selbstverständlich auch auf die Politik. Diese Geschichte ist flüssig geschrieben und gut lesbar, doch weniger für Fachgelehrte interessant, da sie als synthetischer Überblick kaum originell ist und, damit einhergehend, nicht auf Primärquellen beruht. Die Dokumentation ist spärlich, das Schriftenverzeichnis eine minimalistische „Auswahlbibliographie“.

So wird Kultur allemal als Beiwerk des (vielfach bereits bekannten) sozialen Lebens unter Hitler und, während des Krieges, des Überlebens behandelt. Streiflichter fallen auf die Wissenschaft, verkörpert durch Carl Schmitt und Martin Heidegger, ja sogar den jungen Werner Conze, ferner durch Pseudo-Disziplinen wie in Himmlers SS-Ahnenerbe. Die Deutschen Christen in ihrer Frontstellung zur Bekennenden Kirche passieren, danach Kraft-durch-Freude-Genießer und Bilder von der neuen Autobahn. Eine Erwähnung von Goebbels' Reichskulturkammer vom Herbst 1933 fehlt nicht; es folgt eine Würdigung der (NS-gerechten) Funktionen des Filmschauspielers Heinz Rühmann. Weiter zu Angeboten zur Freizeitgestaltung wie Film oder Rundfunk, im Kontrast zum Dasein als Gefangener im Moor-KZ. Ein Schlaglicht fällt auf die NS-Behandlung der deutschen Juden vor dem Kriege, dann liest man über Speers Mega-Pläne zur Neugestaltung Berlins. Deutsche Politik und öffentliche Stimmung vor dem Anschluss Österreichs (um März 1938) nehmen großen Raum ein, ebenso die der Wehrmachtsbetreuung unterliegende Kultur. Dass Kultur dem Regime als politisches Instrument diente, ist für die Kriegszeit jedenfalls besser dargelegt als für den Frieden; als schlagkräftige Beispiele stehen hier die Filme „Jud Süß“ (1940), „Ich klage an“ (1941) und „Die große Liebe“ (1942), alle gut erläutert. Es folgt ein Exkurs über Ernst Jüngers Sybariten-Dasein als Wehrmachts-Hauptmann in Paris – half er doch, die militaristische Subkultur des Dritten Reichs entscheidend zu prägen. Auswüchse einer breiten imperialen Kulturpolitik in besetzten Ländern wie Holland, Teilen Polens und Jugoslawiens stellt Föllmer richtig und ausführlich dar; die Erwähnung von Kunstraubaktionen Hitlers, Görings, Himmlers und Rosenbergs daselbst reiht sich logisch an. Auch Intellektuelle unter Vichy werden einbezogen, dann folgen Schlussakzente auf das Leben in Trümmern, das Überleben der Kultur, versinnbildlicht durch Wilhelm Furtwänglers insistierendes Konzertieren, endlich Kulturbeiträge von gefangenen Juden in Theresienstadt. Zum 1. September 1944 verfügte Goebbels die Schließung aller Kultureinrichtungen im Reich.

MICHAEL H. KATER

Toronto

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

VSWG 104, 2017/4, 565–566

Günther Heydemann / Clemens Vollnhals (Hg.)  
**Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa**  
 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 59).  
 Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016, 288 S., 60,00 €.

Der Band geht auf eine Tagung 2013 anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden zurück und widmet sich dem Umgang mit den Opfern von Diktaturen in Europa seit 1945. Eine Einführung in das Thema ist nicht vorhanden, nur ein einseitiges Vorwort benennt die allgemeinen Leitfragen des Bandes nach der Anerkennung, Rehabilitierung und Entschädigung, die die Opfer von Systemunrecht in mehreren Ländern erfuhr. Es folgen zwölf Länderkapitel, von denen drei der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Faschismus (Deutschland, Österreich, Italien) gewidmet sind, drei den Militärdiktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland und sechs der Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft in Ländern des ehemaligen Ostblocks (DDR, Tschechien, Polen, Ungarn, Lettland und Russland). Den Abschluss bilden vergleichende Überlegungen des Bandherausgebers Günther Heydemann.

Die Länderdarstellungen unterscheiden sich bereits im Umfang deutlich (zwischen sieben und 29 Seiten). Sie setzen auch sehr unterschiedliche Schwerpunkte, die sich zum Teil aus der Sache ergeben. Die Kapitel zu Italien, Österreich und Tschechien etwa geben einen nüchternen und faktenorientierten Überblick über die nationale Gesetzgebung zur Rehabilitierung und Entschädigung der jeweiligen Diktaturoper. Andere Kapitel (Spanien, Portugal, Tschechien, Polen) machen deutlich, dass sich die gesellschaftliche Diskussion um Wiedergutmachung und Entschädigung kaum von der Auseinandersetzung um den Umgang mit Regimevertretern und Tätern trennen lässt und erweitern den Themenrahmen entsprechend. Der Beitrag zu Spanien, wo eine juristische Aufarbeitung der Franco-Diktatur bisher wenig vorangekommen ist, berichtet vor allem über die politisch-gesellschaftlichen Blockaden, die einer solchen im Wege stehen. Das Kapitel zum „Sonderfall“ Griechenland, wo es bis heute keine Wiedergutmachung für die Opfer der Militärdiktatur gibt, hat zum Tagungsthema nicht recht etwas beizutragen und erzählt stattdessen aus der griechischen Geschichte während des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Mehrere Kapitel zeigen, dass es nicht einfach „die Opfer“ diktatorischer Gewalt gibt, sondern Opferkategorien gesellschaftlich umstritten und zudem nicht unabhängig voneinander sind. So überlagerten sich in Polen, wie auch in Ungarn, die Debatten um die Opfer der NS-Zeit mit der Auseinandersetzung um die Opfer der kommunistischen Herrschaft. In Ungarn und Lettland konnten Opfer des kommunistischen Systems während des Zweiten Weltkriegs durchaus Täter gewesen sein, in Russland wurden im Zuge pauschaler juristischer Rehabilitierungsmaßnahmen auch Mörder und Folterer des Stalinismus als Opfer diktatorischen Unrechts gewürdigt.

Vor allem der Beitrag von Constantin Goschler zum Umgang mit nationalsozialistischem Unrecht macht klar, dass die Auseinandersetzung um Wiedergutmachung und Entschädigung keine geschlossene nationale Geschichte ist. Transnationale Dimensionen der Vergangenheitsbewältigung kommen in den übrigen Beiträgen jedoch kaum zur Sprache. Die Chance, aus dem Nebeneinander einzelner Ländergeschichten vergleichende Erkenntnisse zu gewinnen, wird im Schlusskapitel leider ebenfalls kaum genutzt. Stattdessen verteilt der Herausgeber hier den einzel-

nen Ländern Schulnoten in Sachen Vergangenheitsbewältigung, tadelt etwa die Aufarbeitung des Kommunismus in Polen als „letztlich unbefriedigend“ (S. 269), diejenige in Ungarn als „zu früh beendet“ (S. 272), während Tschechien das Erbe der Diktatur „am besten bewältigt“ habe (S. 269). Auch der in einen moralischen Appell gewendete Befund, Anerkennung und Wiedergutmachung für Opfer historischen Unrechts setzten immer die vorurteilslose und selbstkritische Beschäftigung einer Gesellschaft mit der nationalen Vergangenheit voraus, fällt hinter die komplexen Auseinandersetzungen und Debatten, von denen die Länderstudien berichten, eher zurück, als eine übergeordnete analytische Ebene zu erschließen. Am ehesten lässt sich der Band daher dazu nutzen, einen raschen Überblick über Geschichtspolitik und Wiedergutmachung in mehreren Ländern Europas nach 1945 bzw. 1989 zu gewinnen.

BENNO NIETZEL  
Bielefeld/Berlin

VSWG 104, 2017/4, 566–567

Susanne Kill / Christopher Kopper / Jan-Henrik Peters

**Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangenentransporte in der SED-Diktatur**

Klartext, Essen 2016, 216 S., 14,95 €.

Die Haftarbeit gehörte zu den zentralen Säulen des DDR-Strafvollzugs. Die Gefangenen waren neben hausinternen Tätigkeiten vor allem unter in der Regel sehr schlechten, häufig gefährlichen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen für Betriebe in der Region tätig. Wichtige wissenschaftliche Studien zur Haftarbeit haben in den letzten Jahren u. a. Marcus Sonntag, Justus Vesting, Tobias Wunschik und Christian Sachse vorgelegt. Als zweites Unternehmen nach IKEA ließ die Deutsche Bahn die Verstrickung ihrer Vorgängerinstitution Deutsche Reichsbahn (DR) in das DDR-Haftwesen untersuchen. Die Studie befasst sich neben dem Arbeitseinsatz von Strafgefangenen (nicht Zwangsarbeitern – wie im vorliegenden Band mehrfach zu lesen ist) auch mit dem Häftlingstransport durch die Bahn.

Strafgefangene wurden vor allem im Gleisbau, in der Jochmontage sowie in einem Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) eingesetzt. Während Jan-Henrik Peters in seinem Beitrag über die Gefangenearbeit in Sachsen die Rahmenbedingungen beim Ausbau der Strecke zwischen Aue und Johannegeorgenstadt 1950/51 vor allem wegen der hervorragenden Wismut-Verpflegung noch als vergleichsweise günstig beschreibt, konstatiert er für die Arbeiten auf dem Jochmontageplatz Wulknitz eklatante Sicherheitsmängel, die zu folgenschweren Unfällen führten. Die dort tätigen Gefangenen waren zunächst im Haftarbeitslager Riesa, nach dessen Schließung u. a. in der neubauten Strafvollzugseinrichtung (StVE) Zeithain untergebracht. Da diese mehrheitlich mit jüngeren politischen Häftlingen belegt war und sich die DR zur Sicherung von Arbeitskräftezuweisungen finanziell am Bau der Haftanstalt beteiligt hatte, habe die Bahn „einen nicht unerheblichen Beitrag zur Ausbeutung politischer Gefangener in der DDR“ geleistet. Zwar handelte es sich bei

der Beschäftigung politischer Häftlinge eindeutig um völkerrechtlich verbotene Zwangsarbeit. Die Reichsbahn – mitnichten ein „Unternehmen“ wie Peters meint, sondern quasi Teil des Staatsapparats – hatte jedoch keinerlei Einfluss darauf, welche Gefangenen ihr zugewiesen wurden. Darüber hinaus wäre jeder Bahnverantwortliche, der sich gegen die Beschäftigung politischer Häftlinge ausgesprochen hätte – die es in der DDR ja offiziell gar nicht gab – im besten Fall die längste Zeit ein „Leitungskader“ gewesen.

Christopher Kopper berichtet über die Häftlingszwangsarbeit in den anderen DDR-Regionen. Besonders ausführlich behandelt er die extrem schwere und gefährliche Arbeit im RAW Brandenburg, wo vor allem Schwerkriminelle beschäftigt wurden. In seinem zweiten Beitrag analysiert Peters den Gefangenentransport auf der Schiene, der nicht nur im Falle der Verlegung der Häftlinge nach Schließung der sowjetischen Speziallager mit erheblichen Härten für die Gefangenen verbunden war; der Autor wirft der DR u. a. vor, sie sei schon in der Konzeptionsphase für neue Spezialwagen ihrer Verantwortung für einen menschenwürdigen Gefangenentransport nicht gerecht geworden. Dokumentierte Zeitzeugenaussagen ehemaliger Häftlinge und eines im RAW beschäftigten Bahnmitarbeiters ergänzen den Band.

In der Zusammenfassung der Studie wird postuliert, im DDR-Strafvollzug sei es um „die Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge für die Volkswirtschaft des SED-Staates“ gegangen. Das greift zu kurz, Vorrang hatte immer das Wegsperrn derjenigen, die der Herrschaft der Partei in irgendeiner Weise gefährlich werden konnten. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Häftlingsarbeit wuchs zwar im Zeitverlauf, blieb demgegenüber aber immer sekundär. Die Verantwortung für die Zustände im Strafvollzug lag bei den DDR-Sicherheitsorganen, die Betriebe hatten keine Mitspracherechte. Insoweit hätte sich der Rezensent statt flammender Anklagen gegen die Entscheidungsträger der Bahn eine fundierte Analyse der der DR eingeräumten Handlungsspielräume bei Beschäftigung wie Transport der Häftlinge gewünscht. Die Bahn trug selbstverständlich Verantwortung für die Arbeitsbedingungen in ihren Einrichtungen, doch sollten die häufig genug katastrophalen Verhältnisse nicht an heutigen Maßstäben, sondern an den durchschnittlich in der DDR vorhandenen Arbeitsplätzen gemessen werden. Die DR profitierte wie andere Betriebe, die Häftlinge beschäftigten, in erster Linie von der Zuweisung von Arbeitskräften. Sie zahlte Tariflöhne an den Strafvollzug; Einsparungen üblicher betrieblicher Sozialleistungen, die die Gefangenen nicht erhielten, müssen mit zusätzlichen spezifischen Kosten wie hier z. B. für Unterbringung bzw. den Bau der StVE Zeithain gegengerechnet werden.

STEFFEN ALISCH

Berlin



VSWG 104, 2017/4, 568–569

Michał Szulc

**Emanzipation in Stadt und Staat. Die Judenpolitik in Danzig 1807–1847**  
(Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 46). Wallstein, Göttingen  
2016, 352 S., 34,90 €.

Das Buch geht auf eine an der Universität Potsdam eingereichte Dissertation zurück. Der Autor hat Quellen aus dem Geheimen Staatsarchiv (Berlin), dem Stadtarchiv Danzig, dem Archiv des Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Paris und den Central Archives for the History of the Jewish People (Jerusalem) wie auch die zeitgenössische Publizistik genutzt.

Danzig wurde nach 1772 eine preußische Provinzstadt, kam 1807–1814 unter französischen Einfluss und wurde nach 1814 wieder Preußen angegliedert. Besonders in Vorstädten lebten schon seit langer Zeit jüdische Familien. Viele jüdische Getreidehändler kamen aus dem Königreich Polen-Litauen in die Hafenstadt und Handelsmetropole, ließen sich aber nicht immer fest nieder. Um 1810 wohnten rund 2.000 Juden in Danzig; etwa vier Prozent der Bevölkerung. Als Hansestadt war Danzig mehrheitlich lutherisch geprägt. Der Autor arbeitet heraus, wie trotz des französischen Einflusses die Gleichberechtigung, die seit September 1791 in Frankreich herrschte, hier zwischen 1807 und 1814 nicht umgesetzt wurde. Die führenden (christlichen) Familien setzten sogar einer Gleichstellung in bloß wirtschaftlichen Dingen ihre Verzögerungstaktik entgegen. Die jüdischen Familien wollten deshalb auf preußisches Gebiet auswandern.

Nach 1814 wurde Danzig wieder preußisch. Nun musste das „Judedikt“ des Jahres 1812 umgesetzt werden, das eine pragmatische Eingliederung der Juden in Wirtschaft und Gesellschaft vorsah. Der Autor verwendet für dieses Edikt den Begriff „Emanzipationsedikt“, was zu weit geht, denn an eine vollständige Gleichstellung dachte man in Preußen 1812 nicht. Sogar gegen die partielle Beseitigung alter Vorschriften oder Spezialbelastungen, wie die des „Judenschutzgeldes“, wandten sich die führenden christlichen Bürger Danzigs. Juden sollten dagegen nach der preußischen Politik zumindest als „Staatsbürger“ aufgenommen werden, was eigentlich besagte, dass sie eine feste Niederlassung erhielten. Auch dies lehnten die Danziger christlichen Kaufleute ab. Sie sahen in den Juden eine unerwünschte Konkurrenz und wollten ihnen etwa den Erwerb von Liegenschaften im Stadtgebiet untersagen.

Szulc stellt im Gegensatz dazu die Haltungen der preußischen Beamenschaft dar. Bei einigen herrschte der Wunsch vor, jüdische junge Männer durch besonders langen Militärdienst zum Christentum zu bringen. Trotzdem wurden viele Juden zumindest als „Staatsbürger“ aufgenommen, auch wenn ihnen städtische Bürgerrechte noch fehlten. Vermutlich in diesem Zusammenhang kam es 1819 und 1821 zweimal zu antijüdischen Krawallen in der Stadt. Rufe nach ihrer Vertreibung wurden laut. Bis zum Jahr 1847, als ein preußisches Judengesetz die regionalen bzw. lokalen rechtlichen Besonderheiten ablöste, setzte sich in der christlichen Mehrheitsgesellschaft das emanzipatorische Gedankengut stärker durch. In der lokalen Presse wurde die Wirtschaftstätigkeit der jüdischen Kaufleute positiver gesehen. In der Belletristik wurde damals schon die Problematik der „Assimilation“ an die christliche Mehrheitsgesellschaft diskutiert.

Es entsteht somit ein facettenreiches Bild der Haltungen verschiedener Bevölkerungsschichten, auch der Gegensatz zwischen städtischen Familien und preußischer Verwaltung wird deutlich

herausgearbeitet. Jüdische Quellen werden kaum herangezogen, so verwundert es, dass die *Allgemeine Zeitung des Judentums* nicht von 1837 bis 1847 durchgeschaut wurde, sondern nur ein einziger Jahrgang (1839). Auch im Center for Jewish History in New York wäre der Autor vermutlich auf Memoiren Danziger Juden gestoßen. Die Außenperspektive dominiert deshalb sehr.

URI R. KAUFMANN

Essen

## B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VSWG 104, 2017/4, 569–570

Chantal Camenisch

### **Endlose Kälte. Witterungsverlauf und Getreidepreise in den Burgundischen Niederlanden im 15. Jahrhundert**

(Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte 5). Schwabe, Basel 2015, 523 S. (7 Abb., 29 Tab., 12 Grafiken, 5 Karten), 58,00 €.

Die Klimageschichte ist mittlerweile ein eigener, etablierter Forschungszeitung, der aus der Geschichtswissenschaft nicht mehr wegzudenken ist. In dieser Berner Dissertation aus der Schule Christian Pfisters fragt die Vf.in, wie sich die klimatischen Einflüsse auf die Gesellschaft der burgundischen Niederlande auswirkten. Deziert neu daran ist, dass die Vf.in die saisonalen Unterschiede ermitteln will, die für das Spätmittelalter bisher nicht untersucht wurden. Die Niederlande bieten sich wegen ihrer reichen chronikalischen Überlieferung hierfür besonders an. Dabei geht die Vf.in bisweilen weit über sie hinaus, indem sie auch Quellenhinweise aus Paris, Metz, Oberdeutschland, dem Mittel- und Niederrhein, den Hansestädten und aus England heranzieht, um Befunde aus den Quellen weiter abzustützen, eine streng kleinräumige Herangehensweise empfiehlt sich nicht.

Um die saisonalen Unterschiede des Witterungsverlaufs ermitteln zu können, werden die sprachlich vielgestaltigen und mitunter uneindeutigen, zudem kritisch zu hinterfragenden Aussagen der Chroniken, in denen nicht nur Hitze, Schneefall, Überschwemmungen, sondern auch frühe/späte Blumenblüte, Weinernte, Treibeisbildung u. v. a. m. thematisiert werden, derart vereinheitlicht, dass sich die Bewertung der Jahreszeiten mit einem einzigen Indexwert ausdrücken lässt. Die Null bedeutet hierbei einen normalen Witterungsverlauf, eine 1 (bzw. -1) einen milden (kalten) Winter, was bis hin zur 3 (-3) reicht, einen extrem milden (kalten) Winter bedeutend (zu dieser Methode S. 58–63).

Nach einer langen Einleitung (S. 13–70) werden zunächst die (der Forschung seit längerem bekannten) Faktoren der Getreidepreisbildung (S. 71–129) und in einem landesgeschichtlichen Überblick das Untersuchungsgebiet (S. 131–160) vorgestellt. Die eigentliche Quellenauswertung nimmt das vierte Kapitel (S. 161–382) ein, das ungewöhnlicherweise, aber folgerichtig nach den Witterungserscheinungen gegliedert ist. Jede der vier Jahreszeiten wird zunächst hinsichtlich des Temperaturverlaufs, dann der Niederschlagsmenge gleichsam durchdekliniert, wobei die außergewöhnlichen Erscheinungen – diese waren den spätmittelalterlichen Chronisten eher eine Bemerkung



kung wert – in den Vordergrund gestellt werden. So beginnt dieser Teil mit den extrem kalten Wintern (S. 163–188), die den extrem warmen (S. 188 f.) gegenübergestellt werden; hierauf folgen die sehr kalten (S. 189–201) und sehr milden Winter (S. 201–205), während die „kalten, normalen und milden Winter“ an den Schluss rücken (S. 205–228). Anschließend werden die extrem trockenen (S. 229) und die extrem nassen Winter (S. 230–233) untersucht, dann die hinsichtlich des Niederschlags ausgeglichenen Wintermonate. Die Behandlung der Frühlings-, Sommer- und Herbstmonate folgt demselben Schema. In Kap. 5 (S. 383–426) werden die Getreidepreise, die für die Städte Brüssel, Antwerpen und Brügge bereits untersucht wurden, mit den Witterungsverläufen korreliert.

Nicht verschwiegen werden soll, dass die Benutzung des Bandes nicht ganz einfach ist. Wer sich im Rahmen von Spezialuntersuchungen für einzelne Jahre interessiert, bspw. für die große, für die Grafschaft Zeeland und Teile Hollands katastrophale St. Elisabethsflut vom November 1421, wird nicht über das Sachregister fündig, sondern muss über die Klimaindizes des Anhangs 8 (S. 497) ermitteln, dass der Winter einen Indexwert von 2 hat, was einem sehr mildem Winter entspricht (so S. 60), und demgemäß erscheint der Winter in ebendiesem Abschnitt (S. 207), wo man einen Hinweis auf die bekannte Chronik des Bourgeois de Paris findet, in der der Winter als lang und kalt (also normal) beschrieben wird. Ausdrücklich wird der Sturm vom 20./21. November 1421 zudem noch im Abschnitt über „kalte, normale und milde Herbste“ erwähnt (S. 354 f.). Für das Jahr 1474, als die elfmonatige Belagerung der Stadt Neuss durch Herzog Karl den Kühnen begann, findet sich ebenfalls ein Indexwert von 2, die entsprechende Passage muss man suchen (S. 219). Die Leserführung hätte meines Erachtens mithilfe einer Aufschlüsselung der Indexwerte oder besser noch einer Konkordanztabelle gezielter organisiert werden können.

In der Einleitung findet sich ein methodisch ausgerichteter Abschnitt zur Quellenkritik, in dem u. a. die Datierungsproblematik aufgegriffen wird. Dort wird auch begründet, warum es geboten ist, die Datierungen der Chroniken vom julianischen in den gregorianischen Kalender umzurechnen (S. 56), da sich durch deren Differenz eine unterschiedliche Zuordnung zu den Jahreszeiten ergeben kann. Durchgängig wird dann jeweils angegeben, welcher von beiden Datierungsstilen vorliegt. Der in den burgundischen Niederlanden vorherrschende Osterstil wird zwar erwähnt (S. 56), aber nicht als methodisches Problem gewertet, was insofern verwundert, als der im Osterstil spätere Jahresanfang im Vergleich mit unserem Neujahrstil für die Jahreszuordnung entscheidend ist.

Als Gesamtergebnis lässt sich festhalten, dass einmal mehr die Existenz der seit längerem bekannten Krisenzeiten der Jahre 1436–38, 1479–82 und 1488/90–93 bestätigt wird, woraus im Umkehrschluss folgt, dass der Zeitraum von ca. 1440 bis etwa 1479/80 eine von größeren Nahrungsmittelknappheiten verschonte wirtschaftliche Erholungsphase war. Dieses wiederum war neben der langen und sich als systemstabilisierend erweisenden Regierungszeit Philipps des Guten von entscheidender Bedeutung für das Zusammenwachsen des burgundischen Länderkonglomerats zu einer Einheit. Klimageschichtlich bedeutsam ist jedoch, dass die Vf.in die Kurzfristigkeit der Schwankungen betont, die es schwierig macht, langfristige Tendenzen zu ermitteln.

HARM VON SEGGERN

Kiel



VSWG 104, 2017/4, 571–572

Simone Derix

### **Die Thyssens. Familie und Vermögen**

(Familie – Unternehmen – Öffentlichkeit: Thyssen im 20. Jahrhundert 4). Schöningh, Paderborn 2016, 544 S. (11 Abb., 6. Tab., 4 Grafiken), 49,90 €.

Der wissenschaftliche Blick auf die Familie Thyssen folgte bisher einem recht einfachen Muster. Sowohl die ältere Literatur als auch neuere Studien nehmen die Thyssens in erster Linie als eine deutsche Unternehmerfamilie wahr, die in der Montanindustrie an der Ruhr den Grundstein für ihren wirtschaftlichen Erfolg legte und den Interessen namhafter männlicher Akteure wie August oder Fritz Thyssen folgte. Dass die Thyssens seit dem frühen 20. Jh. zu den reichsten Familien im Deutschen Reich zählten, über die Verteilung ihres Vermögens zum Teil heftig stritten und einige Familienangehörige ihre Ehepartner und Wohnsitze im Ausland fanden, ist durchaus bekannt, aber noch nicht in ihrer tieferen Bedeutung für die Familiengeschichte und internen Dynamik genauer hinterfragt worden. Der Habilitationsschrift von Simone Derix fällt das Verdienst zu, bis dato beiläufige Befunde aufzunehmen und in ein innovatives Forschungsdesign zu transformieren, das neue Perspektiven der Geschichte der Thyssens eröffnet.

Mit Hilfe zahlreicher bisher unbekannter Quellen (z. B. den Überlieferungen staatlicher Behörden im In- und Ausland, die aus unterschiedlichen Gründen an den Eigentumsverhältnissen der Familie interessiert waren) zeichnet die Autorin nach, wie sehr das Vermögen seit der Scheidung von August und Hedwig Thyssen 1885 bis in die 1960er-Jahre hinein „die familialen und sozialen Beziehungen der Thyssens wie auch ihr Verhältnis zu Staaten grundlegend strukturierte“ (S. 9). Mit ihrem breit angelegten Vermögensbegriff, der das Betriebs-, Geld- und Anlagevermögen, Immobilien, Kunstsammlungen und das soziale Kapital einschließt sowie mit methodischen Anleihen bei der Netzwerkforschung gelingt es ihr, die Familie als ein komplexes Beziehungsgeflecht zu beschreiben, ihren transnationalen „Multi-Kulti-Charakter“ herauszuarbeiten und die Bedeutung bisher wenig beachteter Akteure inner- und außerhalb der Familie zu rekonstruieren.

In ihrem Kern geht die Studie der spannenden Frage nach, wie die Thyssens über Generationen hinweg ihr Vermögen sicherten, verwalteten und vermehrten. Das „Spiel mit der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit ihres Vermögens“ (S. 477) beherrschte die Familie seit dem späten 19. Jh. geradezu meisterhaft. Bis 1940 blieben z. B. die Niederlande „eine zentrale Finanzdreh Scheibe von Konzern und Familie“ (S. 338). Hier rückten die Bank „voor Handel en Scheepvaart“ und der Rotterdamsche Trustee's Kantoor in Schlüsselpositionen, über die Heinrich Thyssen-Bornemisza etwa Finanztransaktionen abwickelte und die auch Fritz Thyssen u. a. dazu dienten, sein Privatvermögen zu verwalten. Die neu gegründeten Banken, Holdings und Stiftungen wurden seit den 1920er-Jahren mit den industriellen Unternehmen der Thyssens zu einem „selbstreferentiellen Geflecht von wechselseitigen Beteiligungen“ (S. 350) verzahnt, das für nationale Behörden nur schwer zu überschauen war. Um das Vermögen der Familie international zu streuen, war die Expertise von Rechts- und Finanzberatern unabdingbar. Die eingehende Analyse der einflussreichen Beraterszene gehört ohne Zweifel zu den vielen Stärken der Untersuchung. Zum Stab der Sachverständigen, die „transnationale Schlupflöcher für Kapital suchten und fanden“ (S. 378) und in „Metapositionen“ (S. 365) die Thyssens berieten, gehörten etwa der Rechtsanwalt und Notar Robert van Aken, der Heinrich zur

Seite stand, und der Bankier Hendrik J. Kouwenhoven, der für Heinrich und seinen Bruder Fritz Vermögensfragen regelte. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten die einflussreichsten Berater exponierte Positionen in den konzerneigenen Einrichtungen „August Thyssen-Bank“, „Bank voor Handel en Scheepvaart“ und „Union Banking Corporation“ inne.

Ab und an neigt Simone Derix dazu, den Vermögensbegriff zu sehr als Generalschlüssel für die Interpretation sozialer Beziehungen in Unternehmerfamilien zu verstehen und andere Motivstränge zu unterschätzen. Einem August junior ging es gewiss auch um das Geld. Nicht weniger Anlass zum Streit bot freilich sein notorisch kommunizierter Wunsch, sein Vater möge ihm endlich eine angemessene Position als Unternehmer im weit verzweigten Konzern zuweisen. Gleichwohl ist der originelle inhaltliche und methodische Zugriff der Studie in vielerlei Hinsicht anschlussfähig und könnte dazu beitragen, die Logik auch kleiner Familienunternehmen weiter zu entschlüsseln.

JÖRG LESZCZENSKI  
Frankfurt am Main

VSWG 104, 2017/4, 572–573

Gisela Hürlimann u. a. (Hg.)

**Lobbying. Die Vorräume der Macht. Les antichambres du pouvoir**

(Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 31). Chronos, Zürich 2016, 268 S., 34,00 €.

In den letzten beiden Jahrzehnten ist es um die Geschichte von Interessenverbänden bzw. des Lobbyismus eher ruhig geworden, nachdem diese in den 1970er und 1980er Jahren eine regelrechte Blüte erlebt hatte. Entsprechend bezweckt der Sammelband, die Beschäftigung mit gesellschaftlicher Organisation und politischer Einflussnahme durch Gruppen neu zu beleben. Implizit wendet er sich freilich auch gegen die (alleinige) Deutungshoheit der Sozialwissenschaften, die sich seit den 1970er Jahren umfassend mit Lobbying beschäftigen und dabei bisweilen auch „ihre“ Geschichte organisierter politischer Einflussnahme erzählten.

Nicht zuletzt deshalb ist der Versuch, Lobbying stärker als bislang zu historisieren, ausdrücklich zu begrüßen. Hierfür versammeln die Herausgeber/innen 14 empirische Beiträge, denen eine knappe Einführung sowie ein theoretischer Überblick vorangestellt sind. Räumlich beschränkt sich der Band auf die Schweiz, der zeitliche Schwerpunkt liegt im 20. Jh.; einige Beiträge reichen ins 19. Jh. zurück. Die drei Aufsätze des ersten Teils behandeln darüber hinaus Lobbying im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit – eine etwas überraschende Entscheidung, die aber angesichts des weiten und durchaus tentativen Verständnisses von Lobbying ihre Berechtigung hat.

Die inhaltliche Bandbreite ist recht groß. Teil zwei des Bandes fokussiert in vier Beiträgen am Beispiel einzelner Gesetze „klassisches“ Wirtschaftslobbying und „große“ Verbände, während die beiden weiteren Teile des Buchs andere Bereiche von (Gesellschafts-)Politik – u. a. Lobbying für Frauen, Homosexuelle und Migrantinnen – sowie kantonale und lokale Perspektiven in den Blick nehmen. Hierbei bleibt zwar die Abgrenzung von Lobbyismus und den (neuen) sozialen Bewegungen

vielleicht etwas unscharf, doch dies wird bewusst in Kauf genommen: Der Band beschränkt sich eben nicht nur auf das typischerweise betrachtete institutionalisierte Lobbying durch etablierte Verbände, sondern möchte durch Weitung der Perspektive – etwa auf andere Ebenen im politischen Prozess bzw. auf bislang vernachlässigte Politikfelder und Akteure – neue Anstöße für eine Erforschung von Lobbying geben.

Diesbezüglich schiene es etwa lohnenswert, systematisch und theoretisch über das Lobbying sozialer Bewegungen vertieft nachzudenken, gerade weil die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation sowie die Advokatur für per se organisationsschwache soziale Gruppen seit den 1970er Jahren voranschritten, während sich zugleich der Staat (in ganz Europa) zunehmend aus einzelnen Politikfeldern zurückzog. In dieser Hinsicht ließe sich z. B. fragen, ob mit dem Aufschwung eines „kleinteiligen“ Lobbying nicht zugleich auch korporatistische Strukturen wieder an Bedeutung gewannen.

Die im Beitrag von Eichenberger u. a. analysierte Verflechtung von Interessengruppen und politischen Parteien bzw. Parlamentariern erlaubt es ferner, langfristige Veränderungen in den Kooperationsmechanismen zwischen diesen politischen Akteuren herauszuarbeiten. Während immer weniger Interessenvertreter auch ein Parlamentsmandat wahrnahmen, wuchs die Zahl der mit Interessengruppen über Gremien affilierten Parlamentarier. Die Autoren werten dies als Indiz für gestiegene Bedeutung des Bundesparlaments, weshalb sich letztlich die Gerichtetheit der Interessenbeziehungen veränderte. In diesem Licht erscheinen Interessengruppen tatsächlich als notwendige Ratgeber, die aber stärker als zuvor in den Vorraum der Macht verwiesen werden. Hier wäre freilich interessant zu sehen, ob sich diese formale Analyse auch auf informeller Ebene bestätigen ließe.

Aus diesen kurzen Andeutungen mag deutlich werden, dass der Band seine Ziele, Lobbying zum einen wieder stärker in den Fokus der Geschichtswissenschaft zu rücken, indem er – zum anderen – neue Denkanstöße gibt, durchaus erreicht. Ein Forschungsprogramm ist damit freilich noch nicht vorgezeichnet. Dafür sind die Beiträge insgesamt zu disparat und für eine stärker theoretische Betrachtung aus dezidiert historischer Perspektive fehlt es schlicht noch an Empirie. Insofern war es klug von den Herausgeber/inne/n, sich der Versuchung gar nicht erst hinzugeben, ein neues Forschungsparadigma formulieren zu wollen.

BORIS GEHLEN

Bonn

VSWG 104, 2017/4, 573–574

Thomas Piketty

### **Ökonomie der Ungleichheit. Eine Einführung**

(C. H. Beck Wissen 2864). Beck, München 2016, 144 S., 9,95 €.

Das kleine, in der angesehenen und vor allem ökonomisch sehr erfolgreichen Reihe Beck-Wissen erschienene Bändchen ist zuallererst ein verlagspolitischer Skandal: Es handelt sich um die unveränderte Übersetzung der 1997 auf Französisch erschienenen „L'économie des inégalités“ des damals noch jugendlichen und unbekanntenen Thomas Piketty. Für die deutsche Übersetzung hat das

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Büchlein den Untertitel „Eine Einführung“ erhalten. Insofern könnte man sich damit begnügen, auf das hinzuweisen, was ich in dieser Zeitschrift bereits über die englische Übersetzung desselben Buches geschrieben habe (VSWG 103 (2016), S. 417f.). Wie in der englischen Ausgabe verweist eine knappe „Vorbemerkung“ „Leser, die sich für eine eingehendere Darstellung“ interessieren, auf die World Top Income Database und auf den im selben Verlag erschienenen Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“.

Ob das dergestalt eingeleitete Büchlein in einer Reihe mit diesem Titel noch richtig aufgehoben ist, darf doch sehr bezweifelt werden. Denn (ich wiederhole mich) alles das, was Piketty mit seinem Bestseller in die Ungleichheitsforschung eingeführt hat und weshalb er zurecht ein großes Medienecho erhielt, findet sich in diesem Bändchen nicht: die Analyse der Beziehung zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit auf der Grundlage eigener, über Jahre mit einem großen Team für unterschiedliche Länder zusammengeführten Daten aus Steuerstatistiken. Stattdessen werden hier die angreifbaren und nutzlosen Statistiken der OECD der 1990er Jahre ausgebreitet, die mit der Welt nach der Finanzkrise nichts mehr zu tun haben. Gepaart ist das Ganze mit den meinungsfreudigen politischen Statements des revolutionären Mittzwanzigers, die jedenfalls schwungvoll geschrieben sind. Das Literaturverzeichnis ist notdürftig um einige der wichtigen neueren Arbeiten des Autors ergänzt, insbesondere die im Beck-Verlag erschienenen. Hinweise auf die zahlreichen und wissenschaftlich äußerst produktiven Kontroversen rund um Piketty oder auf die zwischenzeitlich erschienenen Untersuchungen anderer Wissenschaftler (Branko Milanovic) finden sich nicht. Inhaltlich ist das Buch damit mindestens nutzlos, aber eigentlich auch unseriös. Wer das Büchlein gleichwohl gekauft hat, braucht sich aber nicht grämen. Immerhin ist er stolzer Besitzer eines für unsere Gegenwart vielleicht nicht ganz uninteressanten Paradoxons: Hier wird aus ökonomischen Interessen eines deutschen Verlags und zu Gunsten des Privateinkommens eines Autors ein Buch publiziert, das für hohe Spitzensteuersätze und Umverteilung plädiert.

JAN-OTMAR HESSE  
Bayreuth

VSWG 104, 2017/4, 574–576

Wilhelm Westermann

**Die Agrarreformen im Fürstentum Lüneburg. Ursprünge und Grundlagen – Durchführung und Auswirkungen, dargestellt am Beispiel des Kirchspiels Barum, Kreis Uelzen**

(Veröffentlichungen des Landwirtschaftsmuseums Lüneburger Heide 18). PD-Verlag, Heidenau 2014, 464 S. (64 Tab., 4 Karten, 39 Abb.), 22,80 €.

Das Gebiet des Fürstentums Lüneburg, das nach dem Tod des letzten Herzogs Georg Wilhelm 1705 seine Selbständigkeit verlor und in das Kurfürstentum Hannover eingegliedert wurde, spielt in der Historiographie über Agrarreformen in Norddeutschland seit über hundert Jahren eine prominente Rolle, wobei die Bodenreformen im Vordergrund stehen. In diesem dünn besiedelten Ge-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

biet zwischen Hamburg und Hannover befanden sich nämlich mit der 1764 in Celle gegründeten Landwirtschaftsgesellschaft und mit dem ihr dort 1802 nachfolgenden Landesökonomiekollegium die organisatorischen Zentren der Agrarreformen des Kurfürstentums bzw. des 1814/15 gebildeten Königreichs Hannover. Die Region, in der Heide- und Geestlandschaften mit kargen Böden vorherrschten, war seit 1768 ein bevorzugtes Experimentierfeld, um grundlegende Änderungen der Flurverfassung durch Gemeinheitsteilungen und Verkoppelungen vorzubereiten. Die vergleichsweise zügige und bemerkenswert weit reichende Realisierung dieses Typus unter den Agrarreformen hat Reiner Prass 1997 zu dem Diktum motiviert, dass sie „in der deutschen Agrargeschichte die eigentliche Ausnahme darstellen“ dürfte.

Die vorliegende Untersuchung des volkswirtschaftlich ausgebildeten Autors, der sich als historisch „interessierter Laie“ bezeichnet (S. 8), bestätigt und konkretisiert diese Einschätzung vor allem im vierten Kapitel – mit mehr als zweihundert Seiten Schwerpunkt der Untersuchung: Zum einen legt er dar, dass im Vergleich mit allen anderen Regionen des Kurfürstentums bzw. Königreichs mit großem Abstand im ehemaligen Fürstentum Lüneburg vor allem im 19. Jh. die größten Flächen separiert, zusammengelegt und die Berechtigungen an Feld-, Wiesenhaltung und am Naturalzehnt abgelöst wurden. Infolgedessen konnten die vornehmlich bäuerlichen, vereinzelt auch bürgerlichen und adligen Agrarproduzenten zu Beginn der 1860er Jahre bereits 63 Prozent der Kultur- und mehr als 50 Prozent der Gemeinheitsflächen in Eigenregie bewirtschaften (S. 194–199). Zum anderen erläutert der Autor an den „Gegebenheiten der vier Dörfer des Kirchspiels Barum“, insbesondere des Dorfes Tätendorf im Uelzener Becken, die Realisierung dieser Reformen über gut hundert Jahre hinweg, indem er die beteiligten Akteure (Bauern, Pächter, Amtsträger, Grundherren, Zehntberechtigte, Regierung, Landwirtschaftsgesellschaft, Landesökonomiekollegium, Provinzialverein) und ihre Initiativen en Detail vor Augen führt, wobei sein Hauptaugenmerk den bäuerlichen Steleninhabern gilt, die bis zu Beginn der 1840er Jahre unter den Bedingungen des Meier- und des Erbzinsrechts ihre Betriebe bewirtschafteten (S. 320–328).

Flankierend erläutert der Autor im dritten und fünften Kapitel die landwirtschaftlichen Verhältnisse in den Dörfern dieses Kirchspiels vor und nach den Bodenreformen, die seiner Darstellung nach vor allem den kleineren und kleinsten Bauern (Kothöfe, Brinksitzer) zugutegekommen seien (S. 252, 354 f., 412). Dabei berücksichtigt er einen weiteren zentralen Aspekt der Agrarreformen, der vor allem agrartechnische Innovationen (Bewirtschaftungs- und Feldsystem, Verhältnis von Halm- und Blattpflanzen, Düngerarten und deren Einsatz etc.) betrifft, die auf nachhaltige Sicherung und Erhöhung der Erträge zielten.

In der Einleitung begründet der Autor seine Entscheidung für Barum damit, dass es als „repräsentativ“ für die naturräumlichen und landwirtschaftlichen Verhältnisse von Geestgebieten angesehen werden könne (S. 13). Dieser Einschätzung widersprechen allerdings seine Ausführungen über die geologischen Verhältnisse des Uelzener Beckens, das wegen seiner bemerkenswerten Bodenwertzahlen von durchschnittlich 60, zuweilen sogar 80 als „Fettleck der Lüneburger Heide“ bezeichnet werde (S. 23). Ausschlaggebend für seine Entscheidung scheinen eher seine persönlichen Interessen und seine Herkunft gewesen zu sein, denn er stammt aus einer großbäuerlichen Familie, die 1841 einen so genannten Vollhof im Umfang von rund 21 ha in Tätendorf übernommen hatte. Von 1872 an vermochte sie den Betrieb – nicht zuletzt dank des lukrativen Anbaus von Zuckerrüben – zunehmend effektiver zu bewirtschaften, wobei der Autor u. a. ausführlich auf die Hof- und Familienchronik seines Großvaters August Westermann (1843–1923) zurückgreift (S. 382 ff.). Eine

weitere für Geestgebiete ungewöhnliche Konstellation zeigt sich in der höheren Besiedlungsdichte im Kirchspiel mit durchschnittlich 26 statt 21 Personen/km<sup>2</sup> im Fürstentum Lüneburg (S. 29), worin sich u. a. die Nähe der Städte Uelzen (10 km) und Lüneburg (26 km) bemerkbar machte. Denn die zu Beginn des 19. Jh.s im Kirchspiel existierenden 17 größeren Bauern (Vollhöfner) und mancher Domänenpächter nutzten beide Städte als Absatzmärkte, nicht zuletzt dank der Nähe zu der 1883 in Uelzen gegründeten Zuckerfabrik. Diese günstigen Absatzbedingungen vermochten auch die 44 mittleren und kleineren Bauern (Halb- und Kothöfe, Brinksitzer) und manche der 38 Häuslingshaushalte zu nutzen, die den von ihnen verarbeiteten, qualitativ hochwertigen Steinflachs als Garn und grobes Leinen über Uelzen und Lüneburg an Händler in Braunschweig, Bremen, Hamburg und Lübeck verkauften, so dass sie bis Ende der 1840er Jahre ihre Existenz sichern konnten (S. 60–68, 387 ff.).

Infolge der günstigen Produktions- und Absatzbedingungen konnten die bäuerlichen Stelleninhaber des Kirchspiels die durch Bodenreformen und Ablösung von Herrenrechten entstandenen Kosten relativ zügig auffangen und begleichen, während die sich in der ersten Hälfte des 19. Jh.s mehr als verdreifachende Gruppe der Arbeitskräfte (Gesinde, Tagelöhner) allmählich das Nachsehen hatte, zumal das vormalige Prinzip des so genannten „Laichenlohns“, der dem Gesinde den Ertrag bestimmter Äcker zusicherte, an Geltung verlor und es zunehmend der prekären Lage freier Tagelöhner ausgesetzt wurde (S. 85–96, 366 f., 387). Das zunehmend patriarchalische Verhalten der bäuerlichen Stelleninhaber – augenscheinlich positiv flankiert von den lutherischen Pfarrern vor Ort – und restriktive Gesetze (Niederlassungsbeschränkung, Trauscheinzwang, Erhöhung des Heiratsalters auf 30 Jahre etc.) schränkten die Handlungsfreiheit der unterbäuerlichen Bevölkerung ein, zumal bis 1867 keine Gewerbefreiheit im Königreich Hannover bestand. Es dürfte sich also eine erhebliche soziale Ungleichheit im Kirchspiel ausgeprägt haben, über die der Autor aber nicht nur beredt schweigt, sondern sogar abschließend glaubt feststellen zu können, dass selbst „eine kurzfristige Verschlechterung der Lebensverhältnisse der unterbäuerlichen Schichten nicht“ eingetreten sei (S. 415).

Die Untersuchung ist informativ in der genauen Rekonstruktion von Verlauf und Umsetzung der Bodenreformen und agrartechnischen Innovationen – also zentralen Aspekten der Agrarreformen; hierbei kommen die besonderen Interessen und Erfahrungen des Autors als Wirtschaftsprüfer zur Geltung (S. 7), was sich etwa in der detaillierten Erläuterung der Probleme zur Klärung der Bodengüte zeigt. Dagegen sind seine Ausführungen über die sozioökonomischen Verhältnisse nur mit Mühe nachvollziehbar, da sie auf mehrere Abschnitte und Kapitel verteilt und weniger überzeugend sind. Beispielsweise wird die soziale Herkunft der Häuslinge nicht thematisiert. So finden die Verwandtschaftsverhältnisse zwischen bäuerlichen Stellenbesitzern und ihren Arbeitskräften keine Beachtung, obwohl für einige benachbarte ländliche Gesellschaften Norddeutschlands einschlägige Studien wie über den Raum Osnabrück von Jürgen Schlumbohm und über Ostwestfalen von Georg Fertig vorliegen.

FRANK KONERSMANN  
Bielefeld



## C. Sozialgeschichte

VSWG 104, 2017/4, 577–578

Knud Andresen

### **Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre**

(Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 56). Wallstein, Göttingen 2016, 640 S. (7 Abb.), 46,00 €.

Diese umfangreiche, auf einer Hamburger Habilitationsschrift des Vf.s beruhende Darstellung geht von der Kernfrage aus, in welcher Weise die junge Generation in der westdeutschen Arbeiterschaft nach 1968 an einer Erneuerung der Arbeiterbewegung, vor allem im Umfeld der Gewerkschaften, beteiligt war. Mit Blick auf die Hintergründe des damaligen „sozialgeschichtlichen Kontinuitätsbruchs“ mit seinen vielfältigen gesellschaftlichen und mentalitätsgeschichtlichen Veränderungen in der Bundesrepublik und weiteren westeuropäischen Ländern kreist Andresen in seiner ausführlichen Einleitung zunächst um die Frage nach den vielschichtigen Veränderungen des Alltagslebens der Arbeiter und ihrer Lebensführung seit den 1950er Jahren (Stichwort „Erosion der Arbeiterklasse“), um aufgrund dieser Befunde und weiterer Hinweise auf die Wirkungen von „Neuen Sozialen Bewegungen“ auf die damalige Jugend die Ausgangsbasis zu schaffen, um anschließend am Beispiel der IG Metall-Jugend „die mentalitätsgeschichtlichen Auswirkungen von Individualisierung und Wertewandel und die Rolle der Jugend in diesen Prozessen“ (S. 11) in vier chronologischen Schritten detailliert darstellen, analysieren und interpretieren zu können.

Um Außenstehenden das „schwer zu durchschauende Organisationsgestrüpp der IG-Metall- und DGB-Jugend“ (S. 39) zu erläutern, beginnt Andresen mit einer Erläuterung des Aufbaus der Gewerkschaftsjugendorganisationen und gibt diverse biographische Informationen über die Hauptakteure der Jugendabteilung der IG Metall, der größten der recht unterschiedlichen, übrigens immer von den Erwachsenenengremien kontrollierten Gruppierungen. In den folgenden Hauptkapiteln geht es um die jeweiligen Besonderheiten der historischen Praxis der Jugend in der IG Metall in drei Kernbereichen: um die „Ausbildung als berufliche Sozialisationsinstanz“, um die Organisationsaspekte der IG Metall und um die sozialen Praktiken der Jugend in den Betrieben. Zunächst untersucht der Vf. allerdings die Vorgeschichte seit den 1950er, vor allem in den 1960er Jahren, in denen die traditionellen jugendpflegerischen Ansätze bereits zunehmend kritisiert wurden. Das folgende Kapitel verfolgt die Auswirkungen der Ereignisse um 1968, die Entstehung einer die Gewerkschaften provozierenden Lehrlingsbewegung und die Formen einer Politisierung der Gewerkschaftsjugend bis etwa 1972/73. Bis 1979 kam es dann jedoch – dies ist Thema des nächsten Kapitels – zu diversen Unsicherheiten und Zukunftsängsten infolge wachsender Jugendarbeitslosigkeit sowie zu Einflüssen von linksradikalen Gruppen, die dazu führten, dass geradezu eine „Krise der Gewerkschaftsjugend“ entstand – mit massiven inneren Konflikten und der Befürchtung einer „kommunistischen Unterwanderung“. Nachdem Andresen gegen Ende des dritten Kapitels zum Befund einer „resignierten Jugend“ infolge von „strategischen Krisen“ und massiven „Machtkämpfen der Funktionäre“ gekommen war, bei denen allerdings klassenkämpferische Deutungen weitgehend ihren Sinn verloren, geht er im abschließenden vierten Kapitel davon aus, dass seit Beginn



der 1980er Jahre die „Neuen Sozialen Bewegungen“ zunehmend an Einfluss gewannen und infolgedessen „die Arbeiterklasse als performative Referenz“ (S. 40) keine Bedeutung mehr besaß, also die politische Dynamik der 1970er Jahre nun definitiv verloren gegangen war. Andresens Gesamtfazit lautet daher, dass seither „die jungen Beschäftigten in den Betrieben zu den Gewerkschaften als Lebenswelt zunehmend auf Distanz“ gegangen seien: In den Gewerkschaften hätten sie „zwar eine sozialpolitische Interessenvertretung, aber keine politische und persönliche Heimat mehr“ gesehen (S. 589).

Die bisherige knappe Darstellung der Hauptlinien der vorliegenden Untersuchung wird jedoch ihrer immensen Breite nur zum Teil gerecht, denn in den umfangreichen Kapiteln des Buches werden z. B. auch die vielfältigen jugendkulturellen Aufbrüche seit den 1960er Jahren und deren Folgen für die Gewerkschaftsjugend detailliert dargestellt, so etwa die Wirkungen der damaligen Musikstile, die – wie weitere soziale Praktiken – „zu Entselbstverständlichungen sozialer Anpassungen“ nicht zuletzt im betrieblichen Umfeld führten (S. 302). Die Studie, so ist im Hinblick auf deren immense Vielschichtigkeit nachdrücklich festzustellen (mit über 2.500 zum Teil ausführlichen Fußnoten und fast 40 Seiten Angaben zum Archivmaterial und zur Literatur), vermittelt ohne Zweifel für das inzwischen breite Forschungsinteresse an Jugendkulturen als gesellschaftlich-psychohistorisch bedeutsamen Problemfeldern bemerkenswert innovative Impulse.

JÜRGEN REULECKE  
Essen/Gießen

VSWG 104, 2017/4, 578–579

Mark Häberlein (Hg.)

**Sprachmeister. Sozial- und Kulturgeschichte eines prekären Berufsstandes** (Schriften der Matthias-Kramer-Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte des Fremdsprachenerwerbs und der Mehrsprachigkeit 1). University of Bamberg Press, Bamberg 2015, 218 S. (4 Abb., 1 Tab.), 18,00 €.

Der vorliegende Band dokumentiert in zehn Beiträgen (zzgl. der Einleitung des Herausgebers) die Gründungstagung der „Matthias-Kramer-Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte des Fremdsprachenerwerbs und der Mehrsprachigkeit“. Sie fand im Juli 2014 in Bamberg statt und widmete sich dem personell heterogenen, oftmals in unsicheren Verhältnissen lebenden Berufstand der Sprachlehrer/innen im frühneuzeitlichen Europa.

Die Nachfrage nach Vermittlung von Fremdsprachen war im 17. und 18. Jh. in den höheren gesellschaftlichen Ständen des Adels, der Patrizier und unter Offizieren und höheren Beamten weit verbreitet, doch war der Professionalisierungsgrad dieses Bildungszweigs vor der Etablierung des fremdsprachlichen Unterrichts im öffentlichen Schulwesen äußerst gering. Es fehlten geregelte Ausbildungswege, didaktische Lehrwerke, verbindliche Qualitätsstandards wie auch berufsständische Kooperationen. Entsprechend ‚schillernd‘ war die Gruppe derjenigen, die sich an zahllosen Orten und in höchst unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen der Fremdsprachenvermitt-

lung widmeten: ehemalige Geistliche, Offiziere und Soldaten, verarmte Adlige, Mediziner und Juristen ohne Anstellung sowie Handwerker, die sich Fremdsprachenkenntnisse im Zuge ihrer berufsbedingten Mobilität angeeignet hatten (S. 11). Neben den unterschiedlichen berufsbiografischen Motiven, Qualifikationen und sozialen Situierungen jenes Lehrpersonals – unter ihnen viele Glaubensflüchtlinge (Susanne Lachenicht), Staatsbedienstete (Ulrike Krampfl) sowie nicht wenige weibliche Lehrkräfte (Konrad Schröder) – fokussiert der Band mehrere europäische Regionen und Institutionen fremdsprachlicher Bildung: Sprachlehrer/innen im frühneuzeitlichen Polen (Renata Budziak), in Lettland (Ineta Balode), am Debrecener Reformierten Kollegium (Teofil Kovács), am Collegium Illustre der Universität Tübingen (Silke Schöttle), Französischlehrer im Königreich Westphalen (Claudie Paye) bis hin zur Professionalisierung des Berufsstandes im Frankreich des 19. Jh.s (Barbara Kaltz). Der Band zeichnet anhand von zahlreichen biografischen Details und individuellen, oftmals brüchigen Lebenswegen das überwiegend ökonomisch wie auch sozial prekäre Dasein dieser Berufsgruppe nach. Die Fähigkeit zur Fremdsprachenvermittlung konnte einerseits Karrierechancen an Fürstenhöfen und Universitäten eröffnen. Eine finanziell abgesicherte, soziale Integration erlangte jedoch nur eine Minderheit. Häufiger waren Stellen- und damit verbundene Ortswechsel, schlechte Bezahlung und Verschuldung sowie generell ein niedriges Sozialprestige. Temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten fanden sich vor allem in adeligen und bürgerlichen Haushalten sowie in privaten ‚Winkelschulen‘ und Pensionaten. Übersetzungen sowie das Verfassen von Lehrwerken zur Fremdsprachenvermittlung boten Möglichkeiten, das in der Regel schmale Budget aufzubessern.

Das facettenreiche inhaltliche Spektrum des Bandes wird durchgängig auf der Grundlage reichhaltiger Quellentexte und Archivalien entfaltet. Allerdings gibt es formale Eigenheiten wie auch Unterschiede in der Quantität und wissenschaftlichen Qualität der Einzelbeiträge: Mehrere Abhandlungen haben keine erkennbare Gliederung in Form von Zwischenüberschriften. Die Beiträge unterscheiden sich vom Umfang her teilweise erheblich voneinander. Einigen Erörterungen fehlt ein systematisch-analytischer Zugriff auf ihre jeweilige Thematik. Manche Textpassagen haben einen biografisch-additiven Charakter und gleiten zuweilen ins anekdotenhafte ab. Hier könnte der Fokus auf Transkulturationsprozesse, die Susanne Lachenicht am Beispiel verfolgter und migrierter französischer Hugenotten aufzeigt, zusätzliche Erkenntnisse bieten. Von einem Sammelband, der die Gründungstagung einer neuen Fachgesellschaft dokumentiert, ließe sich zudem erwarten, dass einleitend programmatisch einige grundlegende Fragen und Perspektiven für künftige Forschungsvorhaben skizziert werden. Bildungshistorisch und gendergeschichtlich interessierte Leser/innen regt nicht zuletzt der umfassende Fußnotenapparat zu weiterführender Lektüre an.

WOLFGANG GIPPERT

Köln



VSWG 104, 2017/4, 580–581

Katja Leiskau / Patrick Rössler / Susann Trabert (Hg.)

## **Deutsche illustrierte Presse. Journalismus und visuelle Kultur in der Weimarer Republik**

(Mediengeschichte 1). Nomos, Baden-Baden 2016, 469 S. (196 Abb., 4 Tab.), 89,00 €.

Der vorliegende Band begründet die neue Reihe „Mediengeschichte“ im Nomos Verlag. Er basiert auf einer Tagung, die 2013 zum Ende des Projekts „Deutsche illustrierte Magazine – Journalismus und visuelle Kultur in der Weimarer Republik“ an der Universität Erfurt stattfand. In der illustrierten Presse sehen die Herausgeber einen vernachlässigten kulturhistorischen Quellschatz: „Wie kaum ein zweites Medium der Zeit spiegeln die Bilderblätter die Befindlichkeiten der Epoche und die Alltagskultur der 1920er Jahre“ (S. 12). Die Quellen können jederzeit abgerufen werden: Unter [www.illustrierte-presse.de](http://www.illustrierte-presse.de) stehen rund 650 illustrierte Magazine und Zeitschriften digitalisiert zum Abruf bereit. Die Herausgeber möchten „neueste fächerübergreifende und -interne Diskurse zur Gattungsgeschichte der Magazine“ (S. 13) versammeln. Wichtige Impulse zum interdisziplinären Austausch werden auch über den Band hinaus gegeben: so nennt das Personenregister auch die E-Mail-Adressen der Beiträger aus der Kunstgeschichte, den Kommunikations-, Medien-, Literatur-, Kultur- sowie Geschichtswissenschaften.

Schon ein zeitnaher Tagungsbericht von Louisa Reichstetter und Verena Zeiner (Jena/Karlsruhe) auf H-Soz-Kult wies auf die Notwendigkeit hin, „die Vielzahl der Beiträge stärker zu sortieren und zu kommentieren.“ Die Sortierung der 17 ausgewählten Vorträge (von über 30) überzeugt, da sie die Magazine und damit die Quellen selbst in den Vordergrund stellt. Jedoch haben die Herausgeber auf jegliche Kommentare, Synthesen oder Forschungsanregungen verzichtet. Es verwundert etwas, dass der interdisziplinäre und durch Gerhard Paul populär gemachte Ansatz der „Visual History“ nicht auftaucht, wird er doch in der Widmung für den verstorbenen Diethart Kerbs gleich auf den ersten Seiten erwähnt. Stattdessen soll eine „Kulturgeschichte der Magazine“ (S. 13) geschrieben werden, die die Berufe hinter den Magazinen (etwa die Presse-Illustratoren) und Strategien der visuellen Kommunikation, Ästhetik und Wahrnehmung in den Blick nimmt.

Der „workshop“-Gedanke der offenen Tagungskonzeption findet sich in der Gliederung wieder. Kapitel I stellt eine visuelle Erschließung in persönlichen Netzwerken, Berufsbildern und Distributionsanalysen vor. Hier stehen heterogen literatur-, medienwissenschaftliche sowie kunsthistorische Ansätze exemplarisch Bourdieus Feldtheorie (Grittmann/Birkner) gegenüber. Das zweite Kapitel nimmt soziologische und visuelle Auswirkungen unter dem Titel „Millionenaufgaben: Zeitungs-Illustrierte und Beilagen“ in den Blick. Quellennahe Analysen zu Männlich-/Weiblichkeitsbildern, der „Erfindung“ des Wochenendes oder „Kabarett“ im *Querschnitt* finden sich in Kap. III. Kap. IV schließlich bietet Einzelstudien zum *Querschnitt* sowie zu den Magazinen *a bis z*, *Die Koralle* und *Die Woche* unter der Überschrift „Zeitschriftenkonzepte zwischen Avantgarde und Massenmarkt“.

Der Band zeigt, wie fruchtbar Magazine, Berufe und Bildpublizistik interdisziplinär analysiert werden können. Eine stärker einleitende wissenschaftliche Kommentierung von Vorhaben und Thematik des Tagungsbandes wäre wünschenswert gewesen. Stattdessen betont die Einleitung unverbindlich die „Reichhaltigkeit des Ausgangsmaterials als kulturhistorische Quelle“ (S. 14) und

stellt Parallelitäten einiger zeitgenössisch vertrauter Stichwörter wie „Europamüdigkeit“ oder „Körperkult/Schönheitsideal“ fest. So gelingt es zwar, schnell Interesse für die illustrierten Magazine zu wecken, die wunderbar in vielen, teils farbigen Abbildungen eingebunden sind. Doch vermissen forschende Einsteiger und Kenner eingangs stichhaltigere Erläuterungen, Literatur und aktuelle Forschungstrends. Dies müssen die Beiträge leisten, die stets auf hohem Niveau geschrieben sind, auch wenn es zwischen fußnotenstarken Beiträgen und essayhaft kurzen Beiträgen zwangsläufig Unterschiede gibt. Verwirrend ist, dass einige Aufsätze zwei-, andere „klassisch“ einspaltig vorliegen. Literatur- und Quellenlisten helfen ebenso wie der Zeitschriftenindex, sich weiter zu vertiefen. Insgesamt gibt die Publikation des Erfurter „kick off meetings“ einen wichtigen Startschuss für den interdisziplinären Dialog und zeigt, nicht zuletzt dank einiger publizierter Ergebnisse, wie gewinnbringend die Erforschung von Bild- und Textquellen ist.

KRISTOF NIESE

Bonn

VSWG 104, 2017/4, 581–582

Christian W. McMillen

**Discovering Tuberculosis. A Global History. 1900 to the Present**

Yale U. P., Yale 2015, 338 S., 28,00 \$.

Christian McMillens hervorragendes Buch bricht schon im Titel mit einer langen Tradition der Sozialgeschichte der Medizin. Seit den 1980er Jahren dominierte das sogenannte decline-narrative, also die Geschichte der Tuberkulose während ihres Rückgangs. Davon ist in diesem Buch nicht die Rede, denn in globaler Perspektive fand dieser Rückgang nur begrenzt statt. McMillen problematisiert so auch die Referenzgröße des Nationalstaats, denn dem Rückgang der Tuberkulose steht in globaler Perspektive eine Kontinuität der Gefahr durch Tuberkulose gegenüber. Das Buch setzt darüber hinaus fast zwei Jahrzehnte nach Robert Kochs Entdeckung des mycobacterium tuberculosis ein. Der bakteriologische Nachweis des Erregers ist für McMillen noch nicht einmal ein besonders wichtiges Ereignis in der Geschichte der Tuberkulose. So geht innovative Geschichtswissenschaft: Sie bricht mit Konventionen, sie argumentiert auf neuartige Weise und bringt dadurch neue Erkenntnisse und Interpretationen.

Warum tat sich die Welt im 20. Jh. so schwer, Tuberkulose als globale Krankheit zu kontrollieren? Der Rückgang im Westen – nicht Teil des Buches – lässt sich in freier Interpretation am ehesten als Folge des wachsenden Wohlstandes erklären, schließlich gingen die Sterblichkeitsraten vor nachweisbar erfolgreichen medizinischen Interventionen zurück. Die Studie McMillens dreht sich aber weniger um Fragen der Wohlstandsentwicklung, konzentriert sich vielmehr auf neue biomedizinische Möglichkeiten. Zum Beispiel BCG, die Schutzimpfung gegen Tuberkulose, die, in Frankreich erforscht, bald globale Verbreitung fand. Ausgangspunkt für McMillens Analyse bildet die amerikanische BCG-Forschung in Indianerreservaten. Diese Forschungen legten den Grundstein für den breiten Einsatz von BCG in sogenannten Schwellen- bzw. Entwicklungsländern. Der

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Autor zeichnet nach, wie in Ostafrika, vor allem aber in Indien, mit Hilfe von BCG Impfkampagnen und durch zunehmend verfügbare Antibiotika der Kampf gegen Tuberkulose von der WHO und verschiedenen Länderorganisationen seit Beginn der 1950er Jahre geführt wurde. Indien nahm dabei eine Schlüsselrolle ein. Hier wurde der moderne Streit um die Wirksamkeit von BCG ausgetragen. Tatsächlich reiht sich die Kontroverse um die breite Impfung der indischen Bevölkerung mit BCG in eine lange Kritik der Impfkritik ein. Dabei ging es immer wieder auch um die Frage der postkolonialen Intervention vor dem Hintergrund westlicher Innovationen. Der Autor hebt immer wieder die Spannung hervor, die sich aus der Verbindung von modernen medizinischen Interventionsmöglichkeiten mit strukturschwachen Gesundheitssystemen ergab.

Eine Stärke des Buches besteht darin, dass der Autor immer wieder versucht, die Entscheidungshorizonte der handelnden Akteure zu verdeutlichen. So stellt er dem Kapitel über therapeutische Erfolge dank Antibiotika eine kurze Einleitung voran, die zeigt, wie wenig die Medizin einem an Tuberkulose leidenden Patienten vor den Antibiotika zu bieten hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich das dank der Einführung von Antibiotika innerhalb von ungefähr zehn Jahren fundamental. Am Beispiel der Geschichte von Kenia gelingt es dem Buch erneut, die scheinbare Erfolgsgeschichte der Antibiotika – Entdeckung, Einführung, Erfolg – zu historisieren und damit zu problematisieren. McMillen macht das ohne viel Drama, indem er der Geschichte der Antibiotikatherapie im klinischen und gesundheitspolitischen Alltag in den von ihm untersuchten Regionen bzw. Ländern folgt.

Der dritte Teil des Buches widmet sich der neuen Aufmerksamkeit für Tuberkulose im Zeitalter von HIV/AIDS. Mit der Erkenntnis der globalen Dimension von HIV/AIDS um 1990 geriet auch die Tuberkulose wieder in den Fokus. Allerdings fiel die Koordination der Maßnahmen gegen zwei Krankheiten den Akteuren, Organisationen und selbst der WHO schwer. Dieser Abschnitt geht den Weg der vorangegangenen Teile konsequent weiter und entwickelt problemorientierte Schlaglichter auf die komplexe Interaktion von Tuberkulose und HIV/AIDS. Das Buch ist in diesem Bereich aber auch spekulativer und weniger aus den Archiven bzw. Quellen gearbeitet, sondern fußt verstärkt auf gedruckten Berichten und Publikationen. Seit den 1970er Jahren kam es nicht mehr zu therapeutischen Neuerungen im Kampf gegen die Tuberkulose. Auch fehlten die Spezialisten, nachdem Tuberkulose als besiegte Krankheit galt, gegen die man einfach nur genügend Antibiotika benötigte. Die Verbindung mit HIV/AIDS stellte alte Gewissheiten in Bezug auf die Tuberkulose in Frage.

McMillens Buch ist ein Beispiel hervorragender Medizingeschichte. Er befindet sich in guter historiographischer Gesellschaft und trägt erheblich zu einer unaufgeregten Verschiebung der jüngeren Medizingeschichte zu einer globalen Perspektive bei. Die Verschiebung der Chronologie – nicht bei Koch anzufangen – erleichtert das Vermeiden von Heldengeschichten. Auch scheinbar eindeutige historische Prozesse werden plötzlich kompliziert und brauchen vernünftige Analyse. Das Buch ist nicht ohne Mangel – wie könnte es das sein, angesichts der angestrebten globalen Geschichte der Tuberkulose. Aber innovative Forschung und Mut zum analytischen Schreiben machen die Schwächen des Buches leicht wett. Ich halte dieses Werk für einen Kerntitel der jüngeren Medizingeschichte: Mit diesem Werk lässt sich hervorragend über moderne Medizin nachdenken. Was will gute Medizingeschichte mehr leisten?

FLURIN CONDRAU  
Zürich

VSWG 104, 2017/4, 583–584

Kunal M. Parker

**Making Foreigners. Immigration and Citizenship Law in America, 1600–2000**

Cambridge U. P., New York u. a. 2015, 259 S., 25.99 \$.

Parkers rechtshistorischer Überblick zum Verhältnis von Zuwanderung und *citizenship* in den USA bietet eine willkommene Ergänzung der reichhaltigen Literatur zur Geschichte der *immigration*. Parker will einen Kontrapunkt zur traditionell optimistischen Geschichtsschreibung von Zuwanderung und *citizenship* setzen, die ihr Augenmerk primär auf den Trend zur allmählichen Inkorporation in die Staatsbürgergemeinschaft richtet. Er hingegen zeigt eindrucklich, wie Zuwanderung und Staatsbürgerrecht den *foreigner* geschaffen haben, wobei die „designation as foreign“ ihren Kern gar nicht einmal im Faktum der Zuwanderung haben musste, sondern eine „political strategy“ war, „that has been used inside and outside the country and to multiple ends“ (S. IX). Der Kern der Studie liegt folglich in der Analyse, „how Americans actively rendered foreign those living in their midst“ (S. 14). Ohnehin stand ja ein Paradoxon am Beginn der amerikanischen Verquickung von Zuwanderung und *citizenship*: Jene, die als Siedler von außen kamen, erklärten alle, die schon da waren – die Indigenen –, zu *aliens*. Immer wieder greift Parker auf die Situation der *native Americans* zurück, um die Instrumentalisierbarkeit der Staatsbürgerschaft für politische Zwecke darzustellen. Während für die Akteure des *Indian Removal Act* von 1830 die Kennzeichnung der Indigenen als *aliens* elementar war, um sich deren Land anzueignen, verhielt es sich im *Dawes Act* von 1887 anders und doch ähnlich: Nun wurde *citizenship* im Tausch gegen Landabtretungen angeboten.

Aber nicht nur gegenüber der indigenen Bevölkerung wurde *citizenship* als politisches Steuerungselement eingesetzt: Schon die Kolonien versuchten im 18. Jh. die britische *subjecthood* als *de facto-immigration law* einzusetzen, nicht zuletzt auch, um im Rennen um die qualifiziertesten Zuwanderer vorne zu liegen. Das Mitspracherecht der Staaten blieb auch nach der Amerikanischen Revolution erhalten, die *subjecthood* durch *citizenship* ersetzte, und die Praxis der *immigration restriction* folgte der Logik der *poor laws*: Ferngehalten werden sollten jene – auch aus benachbarten Staaten –, die voraussichtlich der Armenpflege zur Last zu fallen drohten. Bedeutsamer aber war jene Praxis der Staaten – nicht nur der des Südens –, die darauf gerichtet war, die Mobilität der freien Schwarzen einzuschränken. Das verhinderte bis zum Bürgerkrieg eine einheitliche Regelung, die die Fragmentierung des Entscheidungsprozesses – das *federal government* war für das *naturalization law* zuständig, die Staaten kontrollierten den Zugang zu ihrem Territorium – hätte überwinden können: „As long as free blacks were internal foreigners subjected to a regime of borders, a national regime focused on external foreigners could not come into being“ (S. 108). Erst die Abschaffung der Sklaverei und der 14. Verfassungszusatz von 1868 etablierten das *jus soli* als Regel, die jedoch nicht ohne Ausnahme blieb, insofern *native Americans* nicht automatisch zu Staatsbürgern wurden. Und für jene, die nun unwiderruflich amerikanische Staatsbürger waren, offenbarte sich „a gulf between formal and substantive citizenship“ (S. 136), insoweit Recht und Entrechtung (etwa durch Wahlrechtsraub) miteinander einhergingen. Erst das *civil rights movement* und die seit den 1960er Jahren wirkende *rights revolution* schufen hier Abhilfe.

Die grundsätzliche Bedeutung von *citizenship* hatte Chief Justice Earl Warren 1958 formuliert: „Citizenship is man’s basic right for it is nothing less than the right to have rights“ (S. 198). Damit

gab er der *rights revolution* ebenso wie der historischen Forschung ein Leitmotiv vor. Unangemessen war das sicher nicht, gleichwohl haben die *rights revolution* und die Emphase auf *citizenship* den Unterschied zwischen *citizens* und *aliens* größer werden lassen: „As US citizens became less exploitable, exploitable immigrant labor became more attractive“ (S. 201). Parkers Analyse offenbart einen wachen Sinn für Dialektik.

MARCUS GRÄSER

Linz

## D. Wirtschaftsgeschichte

VSWG 104, 2017/4, 584–585

Marcel Boldorf / Rainer Haus (Hg.)

### **Die deutsche Kriegswirtschaft im Bereich der Heeresverwaltung 1914–1918. Drei Studien der Wissenschaftlichen Kommission des Preußischen Kriegsministeriums und ein Kommentarband**

Band 1: Robert Weyrauch: Waffen- und Munitionswesen.

Band 2: Alfred Stellwaag: Die deutsche Eisenwirtschaft während des Krieges.

Band 3: Otto Goebel: Kriegsbewirtschaftung der Spinnstoffe.

Band 4: Marcel Boldorf / Rainer Haus (Hg.): Die Ökonomie des Ersten Weltkrieges im Lichte der zeitgenössischen Kritik.

De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2016, 1.174 S. (20 Abb., 11 Tab.), 269,95 €.

Im Herbst 1915 richtete das Königliche Preußische Kriegsministerium eine Wissenschaftliche Kommission unter Vorsitz des Agrarökonomen Professor Max Sering (1857–1939) ein. Diese Kommission anerkannter Wissenschaftler sollte herausfinden, was im Bereich der wirtschaftlichen Vorbereitung und Führung des Krieges verbessert werden könnte – auch im Hinblick auf einen möglichen nächsten Krieg. Zu diesem Zeitpunkt dauerte der Weltkrieg bereits viel länger, als es vor 1914 für möglich gehalten wurde. Von der festgefahrenen Front kamen immer dringlichere und zugleich widersprüchliche Forderungen an die Wirtschaft: Einerseits sollte sie ihre Kapazitäten weitestgehend auf die Produktion von Gütern umstellen, für die nach dem noch nicht absehbaren Kriegsende kein Bedarf mehr bestehen würde. Andererseits wurden viele unverzichtbare Facharbeiter zum Heeresdienst eingezogen. Für die Mittelmächte kam erschwerend die Seeblockade durch die Entente hinzu. Wären nicht Ersatzstoffe und alternative Herstellungsverfahren für die zur Munitionsherstellung bislang unentbehrlichen Salpeter- und Baumwollleinfuhren aus Amerika gefunden worden, hätte Deutschland den Krieg innerhalb weniger Monate quittieren müssen. Zunehmend wurden Einfuhren aus oder über (noch) neutrale Länder und der Zugriff auf Ressourcen der eroberten Gebiete bedeutsam.

Das von der Dritten Obersten Heeresleitung im August 1916 allein nach militärischen Bedürfnissen formulierte „Hindenburg-Programm“ verlangte von der Wirtschaft massiv gesteigerte Lieferungen an Waffen und Munition. Dafür wurden zeitweise über 100.000 Soldaten von der Front

zurück an ihre Werkstätten entlassen. Neben nachweislichen Produktionssteigerungen hatte der unvorbereitete Kraftakt aber auch enorme Reibungsverluste. Die Kräfte der Volkswirtschaft wurden in der zweiten Kriegshälfte (auf Kosten der zivilen Versorgung und der ökonomischen Erholungsfähigkeit nach Kriegsende) immer konsequenter auf die Kriegsbedürfnisse hin ausgerichtet. Die Kommission Sering kam zu dem Schluss, dass diese Kräfte für einen von vornherein verlorenen Kampf überstrapaziert wurden. Denn die Entente verfügte von Kriegsbeginn an über mehr kriegswirtschaftliche Ressourcen als die Mittelmächte. Ausschlaggebend war aus Sicht der Kommission das Wirtschaftspotential des wichtigsten, aber nicht unparteiischen Neutralen: der Vereinigten Staaten.

Diese umfangreichen Forschungen über die deutsche Kriegswirtschaft im Bereich der Heeresverwaltung waren bei Kriegsende noch nicht beendet. Einige Kommissionsmitglieder schlossen ihre Arbeiten aber selbstständig ab, sodass von den acht ursprünglich geplanten Bänden zumindest drei 1922 bereit zum Druck waren: Robert Weyrauch über das Waffen- und Munitionswesen; Alfred Stellwaag über die Eisenwirtschaft sowie Otto Goebel über die Kriegsbewirtschaftung der Spinnstoffe (Textilien). Der Verlag De Gruyter Oldenbourg musste den Druck einstellen, als insbesondere das Reichswehrministerium und das Auswärtige Amt die Publikation untersagten und die vorhandenen Exemplare beschlagnahmen ließen.

Die Ministerien intervenierten mit der Begründung, die Werke würden kriegsverwendbare Potentiale der deutschen Wirtschaft für die Kontrollaufsichten der Entente sichtbar machen. Aber die Erkenntnisse der Kommission dürften auch all jenen unwillkommen gewesen sein, die insgeheim bereits auf einen weiteren Krieg sannen, zu dem Deutschland nach Aussagen dieser Fachwerke volkswirtschaftlich aber gar nicht imstande war.

Fast ein Jahrhundert später hat derselbe Verlag diese drei Bände, ergänzt um einen Kommentartband, doch noch publiziert. Die Ergebnisse, weshalb ihre Publikation seinerzeit unterbunden wurde und wie sie vor allem im „Dritten Reich“ nachträgliche Verwendung fanden, wirft aus militär- wie wirtschaftsgeschichtlicher Sicht Licht auf das Denken im Zeitalter der beiden totalen Weltkriege. Die damaligen Forschungsergebnisse bieten eine nicht unvoreingenommene, aber gerade für ihre Zeit herausragend unabhängige und fachkundige Sicht auf die ökonomischen Aspekte der Urkatastrophe des letzten Jahrhunderts.

FRITZ KÄLIN  
Einsiedeln (CH)





VSWG 104, 2017/4, 586–587

Loic Charles / Guillaume Daudin (Hg.):

**Eighteenth-Century International Trade Statistics. Sources and Methods**

(Revue de l'OFCE 140). ofce, Paris 2015, 400 S., 24,00 €.

Informationen zur grenzüberschreitenden Handelstätigkeit gehören zu den Daten, die die frühneuzeitlichen europäischen Staaten am frühesten erhoben haben. Gleichwohl sind sie nach unterschiedlichen Kriterien erhoben worden, oft nur bruchstückhaft überliefert und können daher nicht ohne weiteres die Grundlage für ein umfassendes Bild grenzübergreifender Handelstätigkeit bieten – auch deshalb nicht, weil die Zollgrenzen keineswegs immer mit den politischen Grenzen einer Gebietseinheit identisch waren. Diese und weitere Probleme sowie Perspektiven der Forschung beleuchtet die Einleitung der Herausgeber. Diese skizzieren auch die großen Potentiale der Handelsstatistiken des 18. Jh.s für die Geschichte des grenzüberschreitenden Handels und für die Beurteilung der jeweiligen inländischen wirtschaftlichen Entwicklung. Das Ziel des Bands ist es dabei nicht allein, einen Überblick über die handelsstatistischen Quellen und deren Aussagekraft vor allem für das 18., aber auch das 19. Jh. bereitzustellen. Vielmehr will er auch zu einer viel stärkeren Nutzung der Daten durch WirtschaftshistorikerInnen und ÖkonomInnen ermutigen. Der Band ist Ergebnis einer 2009 begonnenen Initiative der beiden Herausgeber, die zunächst in dem Bemühen wurzelte, mit Blick auf die neuen Möglichkeiten der internationalen computergestützten Vernetzung eine umfassende französische Handelsstatistik des 18. Jh.s zu erstellen und dieses Vorhaben auf ganz Europa auszudehnen.

Dabei sind sich die Herausgeber der mannigfaltigen Schwierigkeiten, die historische Handelsrealität mit den zeitgenössischen administrativ-statistischen Kategorien zu erfassen, vollständig bewusst – erwähnt seien nur das Problem des Schmuggels, die Vielfalt der Währungen und die vielen Kleinstaaten des Alten Reichs, die ihren grenzüberschreitenden Handel meist nicht systematisch erfassten. Dessen Umfang durch international vergleichende Rekonstruktion der Handelsstatistiken zumindest abschätzen zu können, ist eines der Ziele dieses großangelegten Vorhabens in internationaler Kooperation. Unmissverständlich unterstreichen die Herausgeber, dass der vorliegende Band nur ein (wichtiger) Zwischenschritt auf dem Weg zu einer umfassenderen europäischen Handelsstatistik des 18. Jh.s sein kann. Zugleich zeigen sie weiterführende Forschungsperspektiven auf.

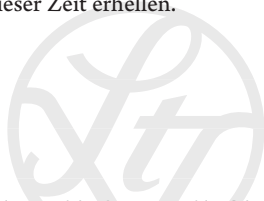
Eine nützliche Grundlage hierfür bietet der zweite Teil des Bandes: Hier stellen ExpertInnen für Nationalstaaten wie Frankreich, das Vereinigte Königreich (Schottland und Irland werden zudem noch durch eigene Beiträge vorgestellt) und für wichtige Hafenstädte wie Genua und Hamburg die in den jeweiligen Archiven zugänglichen handelsstatistischen Unterlagen vor und skizzieren deren Aussagekraft. Neben den genannten Staaten und Handelsplätzen werden noch behandelt: die Österreichischen Niederlande, Frankreich, die Habsburger Monarchie, Neapel, Livorno, Mailand/Lombardei, der Kirchenstaat, die Niederlande, Polen, Portugal, das Fürstentum Rumänien, Russland, Spanien, Spanisch-Amerika, Schweden, Finnland sowie die USA (bis 1819); hinzu kommt ein kleines Kapitel über die nicht behandelten Staaten (z. B. die Republik Venedig). Alle jeweils nur wenige Seiten umfassenden Kapitel sind identisch gegliedert; sie geben Auskunft über die zentralen Quellen, den Zeitraum (meist große Teile des 18. Jh.s, oft bis in das 19. Jh. hinein), die Entstehungsgründe der Statistiken sowie die damals angewandten Methoden und die enthaltenen

Informationen. Alle Beiträge schließen mit möglichen, noch ungeklärten Forschungsfragen sowie einer Literaturübersicht.

Diesem Teil sind einige Aufsätze vorangestellt, die geeignet sind, die vielen Auswertungsmöglichkeiten zu demonstrieren und an übergreifende Debatten anzubinden, z. B. zur *great divergence*. Die Beiträge untersuchen jeweils spezielle Fälle des frühneuzeitlichen europäischen Außenhandels und binden diese an die durchaus unterschiedlichen Fragestellungen der jeweiligen nationalen Kontexte zurück. So behandelt Jeroen van der Vliet die veränderte Rolle Amsterdams im Außenhandel des 18. Jh.s vor dem Hintergrund der Debatte, wie sehr ökonomische Stagnation (im Vergleich mit der Boom-Periode des 17. Jh.s) das 18. Jh. charakterisierte. Er konzentriert sich dabei auf den bilateralen Handel mit dem Baltikum und kommt auf der Grundlage mehrerer lokaler Erfassungen von Schiffspassagen zu dem Ergebnis, dass der Rückgang des niederländischen Handels wahrscheinlich überschätzt worden ist. Offenbar wickelten etliche Schiffe einzelne Abschnitte ihrer Passagen unter anderer Flagge ab, um in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen nicht in Konflikte hineingezogen zu werden. Ulrich Pfister lotet in seinem Beitrag zum deutschen Handel die Möglichkeiten aus, trotz des Fehlens umfassender Handelsstatistiken auf der Basis von Einfuhrdaten zu Hamburg, Bayern und anderen punktuellen Beobachtungen zu belastbaren Aussagen über den deutschen Außenhandel in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s zu gelangen. Eines seiner wesentlichen Ergebnisse ist, dass der deutsche Außenhandel zwischen 1730 und 1790 mit einer jährlichen Rate von etwa einem Prozent etwas schneller wuchs als die Bevölkerung, wobei das pro-Kopf-Einkommen in etwa stabil blieb. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf eine Ausdifferenzierung der deutschen Wirtschaft schon einige Jahrzehnte vor der Industrialisierung; möglicherweise zählt dies auch zu deren Vorbedingungen. Der Beitrag von Moreira u. a., der die bilateralen Handelsbeziehungen zwischen Portugal und Dänemark von Mitte des 18. Jh.s bis zu den napoleonischen Kriege behandelt, ist in mehrfacher Hinsicht interessant: Er lenkt das Augenmerk auf die lange gegenüber den großen Handelsnationen vernachlässigte Rolle kleinerer Staaten und der für sie großen Bedeutung des Außenhandels. Wenn die Untersuchung zum einen nahelegt, dass der bilaterale Handel zwischen diesen beiden Staaten im Untersuchungszeitraum ungeachtet der kriegerischen Verwicklungen in Europa einigermaßen stetig wuchs, so sind sich die Autoren doch zugleich bewusst, hier nur einen Ausschnitt eines weit aus umfangreicheren multilateralen Handelsnetzwerks erfasst zu haben – gleichwohl sehen sie in den demonstrierten Möglichkeiten Anlass zur Ermutigung, weitere Studien in Angriff zu nehmen, um zu einem umfassenderen Bild der internationalen Handelstätigkeit zu gelangen. Weitere Aufsätze behandeln die französisch-baltischen Handelsbeziehungen, die Handelsstatistik des Deutschen Zollvereins oder stellen, wie der Beitrag von Dedieu/Marzagalli, eine online-Datenbank zur Klassifizierung der Gütergruppen vor – ohne dass hier alle Beiträge erwähnt werden können.

Insgesamt bietet der Band einen nützlichen Zugang für HistorikerInnen, die sich mit dem inner- und außereuropäischen Handel im 18. Jh. befassen wollen. Neben seinem primär quellenkundlichen Charakter bietet der Band zudem einige Aufsätze, die sowohl die Probleme als auch die Potentiale der Handelsstatistik dieser Zeit erhellen.

MICHAEL C. SCHNEIDER  
Düsseldorf



VSWG 104, 2017/4, 588–589

Christof Dejung / Monika Dommann / Daniel Speich Chassé (Hg.)  
**Auf der Suche nach der Ökonomie. Historische Annäherungen**  
 Mohr Siebeck, Tübingen 2014, 325 S., 59,00 €.

Dieser Sammelband trägt zu einer Debatte bei, die nicht intensiv geführt wird. Doch irrelevant ist er deshalb nicht. Die Herausgeber/innen verfolgen mit ihm das Ziel, der (deutschsprachigen) Wirtschaftsgeschichtsschreibung in ihrem Doppelcharakter als ökonomischer und historischer Wissenschaft neue Impulse zu verleihen und sie (idealerweise) vor einer Zerreißprobe zu bewahren. Während auf der einen Seite die Kulturgeschichte als dominantes Paradigma der Geschichtswissenschaft nicht selten die Eigenlogik ökonomischer Prozesse (oder die Forschungen hierzu) vernachlässigt, entfernt sich auf der anderen Seite die (neoklassische) Ökonomie bzw. die modellorientierte Wirtschaftsgeschichte mit ihrer Suche nach zeitinvarianten Erklärungen von genuin historischen Fragestellungen und Diskursen.

Diese interdisziplinäre „Sprachlosigkeit“ möchte der Band überwinden und anhand von elf Begriffen – Beute, Einbettung, Geld, Innovation, Konsum, Krise, Markttabu, Nation, Religion, Spiel und Steuern – aufzeigen, welchen Mehrwert eine kulturhistorische Perspektive auf genuin ökonomische Phänomene haben kann. Die Ausgangsbeobachtung ist unbestritten: Auch die neoklassische Ökonomie ist keine exakte Wissenschaft und mithin weder voraussetzungslos noch frei von Werturteilen. Daher scheint es nicht nur legitim, sondern nachgerade geboten, über die kulturellen Grundlagen der Ökonomie und ihres Gegenstands, der Wirtschaft, nachzudenken und zu diskutieren, wie diese sich selbst beschreibt. Eine konsequente Historisierung von Begriffen, Diskursen und Semantiken könnte diesbezüglich simplifizierende oder ahistorische Erklärungen vermeiden helfen und zugleich die Kontingenz historischer Prozesse stärker betonen.

So verweist etwa Jan-Otmar Hesse darauf, dass Geld nur scheinbar eine historische und ökonomische Konstante ist und dass seine Bedeutung und seine Form (z. B. Bar-, Buchgeld, Münzen, Banknoten) erst zu einem Großteil von Institutionen (z. B. Zentralbanken, Währungsregimen) und deren Deutungsangeboten bestimmt werden musste: „Ein nationalstaatlich organisiertes Geldsystem verleiht der Wirtschaft eine vollständig andere Struktur als ein lokal organisiertes mit Notenbankfreiheit“ (S. 92). Ähnlich wie in Jakob Tanners Beitrag über Krisen und der komplementäre Kritik zeigt sich, wie sehr Vorstellungen über ein ökonomisches Phänomen gesellschaftlich und wissenschaftlich verhandelt werden und schließlich zu neuen Deutungen und zu neuen institutionellen Arrangements führen. Stellvertretend für viele Beiträge zeigen die beiden Darlegungen auf, wie stark Semantik und Praktiken einander bedingten und wie erhellend es ein kann, eine kulturhistorische Perspektive auf ökonomische Phänomene anzuwenden.

Wie selbstverständlich bisweilen auch soziale Beziehungen „vermarktlicht“ werden, zeigt der Beitrag von Monika Dommann über das Markttabu. Auf Gary S. Becker aufbauend, der u. a. argumentierte, mit ökonomischen Methoden ließen sich auch dort Märkte unterstellen, wo sie gar nicht vermutet würden, thematisiert der Beitrag die Folgen einer solchen Sichtweise: Ob es für Adaption, für Blut oder für menschliche Organe einen Markt geben solle, da Angebot und Nachfrage unterstellt werden können, kann zumindest bezweifelt werden. In jedem Fall geht eine solche Frage aber über die alleinige Zuständigkeit der Ökonomie hinaus, auch wenn man die Vorgänge fraglos

auch vertragstheoretisch beschreiben und analysieren kann. Somit kann Dommann recht plastisch zeigen, wie weitreichend die gesellschaftlichen Implikationen einer rein effizienzfokussierten Sichtweise sein können.

Die Beiträge sind durchweg anregend, indes wirkt der Band als Diskussionsangebot nicht zuletzt durch seine Kohärenz etwas ziellos. Die Autorinnen und Autoren sind (auch in anderen Arbeiten) vom Mehrwert einer auch kulturhistorischen Reflexion wirtschaftshistorischer Phänomene überzeugt. Weil sie dies mit Verve argumentativ untermauern, lohnt die Lektüre allemal; gleichwohl fehlt es konzeptionell an Gegenreden. Es wäre gewiss spannend gewesen, Gegenargumente (oder Zustimmung) von Vertreterinnen und Vertretern anderer historischer oder ökonomischer Subdisziplinen präsentiert zu bekommen, die einer kulturwissenschaftlich ergänzten Wirtschaftsgeschichte skeptisch gegenüberstehen.

BORIS GEHLEN

Bonn

VSWG 104, 2017/4, 589–590

Reto Furter / Anne-Lise Head-König / Luigi Lorenzetti (Red.)  
**Des manufactures aux fabriques. Les transformations industrielles,  
 XVIIIe–XXe siècles. – Von der Manufaktur zur Fabrik. Industrieller Wandel,  
 18.–20. Jahrhundert**

(Histoire des Alpes – Geschichte der Alpen 20). Chronos, Zürich 2015, 232 S.  
 (5 Karten, 6 Tab., 2 Fig., 3 Abb.), 35,00 €.

Der erste Teil des vorliegenden Bandes präsentiert vier Beiträge zur industriellen Entwicklung alpiner Regionen in der Schweiz, Frankreich, Slowenien und Italien. Im zweiten Teil werden fünf Beiträge eines Panels „Social and Economic Convergences and Divergences in the Rural World: the Alpine Space (16<sup>th</sup>–19<sup>th</sup> Century)“ im Rahmen des Kongresses „Rural History“ der „European Rural History Organization (Bern 2013) abgedruckt. Sie befassen sich mit „regionalen Wirtschaftsmodellen“ und ihren Beziehungen zu den Machtstrukturen, die den ländlichen Raum strukturieren.

Der Band ist zugleich eine Festschrift, denn vor 20 Jahren kam es zur Gründung der Internationalen Gesellschaft für historische Alpenforschung – und der Schriftenreihe „Histoire des Alpes – Storia delle Alpi – Geschichte der Alpen“. Lucca Moccarelli betont als Zielsetzung die große thematische Vielfalt und perspektivische Ausgeglichenheit hinsichtlich der internationalen historiographischen Diskussion.

Zunächst behandelt Anne-Lise Head-König die „Industrie“ in den Schweizer Alpen und Voralpen. Hierbei fokussiert sie sehr unterschiedliche Entwicklungen. Der Osten wurde durch lokale und regionale Unternehmer industrialisiert (insbesondere Textilsektor). Männliche und weibliche Arbeitskräfte wurden hier bereits beschäftigt, während die Westschweiz und die südlichen Teile der Schweiz verhältnismäßig spät industrialisiert wurden; hier waren männliche Arbeitskräfte vorherrschend, Unternehmer und Kapital stammten wesentlich aus dem Ausland. Pierre Judet schließt mit

einem Beitrag zur industriellen Entwicklung in den französischen Alpen an. Die Kleinräumigkeit erlaube es nicht, von einer zusammenhängenden Industrieregion in den französischen Alpen zu sprechen. Hrvoje Ratkajec zieht eine Linie von der Protoindustrie zur zeitgenössischen Industrie im slowenischen Alpenraum, die von der Diskontinuität (Eisenhüttenwesen und Bergbau) geprägt sei. Der Rückstand habe sich im 19. Jh., begleitet von Reagrarisierung, vertieft, ein industrieller Schub habe erst im 20. Jh. eingesetzt. Luigi Trezzi behandelt schließlich „Manufakturen, Unternehmer und Bevölkerung in den zentralöstlichen Alpen“.

Das zweite „Dossier“ zu sozialen und wirtschaftliche Konvergenzen und Divergenzen im ländlichen alpinen Raum wird eingeleitet mit einem Beitrag von Claudio Besani und Andrea Maria Locatelli zum Wandel der Milchwirtschaft in der Lombardei im 19./20. Jh. und berührt besonders die Bergregionen (u. a. die Gorgonzola-Produktion in der Valsassina). Andrea Bonoldi und Alessio Fornassin fokussieren das Zusammenspiel von Wirtschaft und Institutionen im ländlichen Alpenraum in Friaul und Tirol (16.–19. Jh.), wobei Tirol und Karnien beide ins Habsburgerreich eingegliedert wurden. Werner Drobesh gibt einen Überblick über die Neuzeitliche Agrargeschichtsforschung in Österreich; er benennt Trends und Schwerpunkte. Desiderata gebe es z. B. bei Themen wie der Grundentlastung. Ältere Ansätze seien nicht mehr aufgenommen worden: „Die weißen Flecken dominieren“ (S. 180). Aleksander Panjek stellt das Konzept der integrierten Bauernökonomie (Integration der nichtagrarischen Erwerbsquellen) im frühneuzeitlichen Slowenien vor, während Paolo Tedeschi am Beispiel der lombardischen Alpentäler von Pluriaktivität (Landwirtschaft, Viehzucht und Forstwirtschaft) spricht, die im 19. Jh. kein Auskommen mehr ermöglicht und zu einem Bevölkerungsrückgang geführt habe.

Ob der Titel des Bandes („von der Manufaktur zur Fabrik“) das Anliegen und die hier behandelten Prozesse trifft und der angestrebten Vielschichtigkeit gerecht wird, steht zur Diskussion. Doch insgesamt schließt der Band eine Forschungslücke: Er vermittelt – wie im Editorial angekündigt – den aktuellen Forschungsstand und bietet zugleich eine komparative Basis für eine zukünftige Geschichte der Industrialisierung der Alpen.

REINHOLD REITH

Salzburg



VS WG 104, 2017/4, 591–592

Hans-Michael Trautwein (Hg.)

**Die Entwicklung der Raumwirtschaftslehre von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXIX**

(Schriften des Vereins für Socialpolitik 115/XXIX). Duncker & Humblot, Berlin 2014, 371 S., 99,90 €.

Es ist unverkennbar, dass „Raum“ als ökonomische Kategorie – u. a. in den Beiträgen der Neuen Ökonomischen Geographie – mit zunehmender Globalisierung und der Transformation ehemals sozialistischer Volkswirtschaften wieder mehr Bedeutung erlangte. Grund genug für den Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften (vormals: Dogmenhistorischer Ausschuss) des Vereins für Socialpolitik, sich der historischen Wurzeln der „Raumwirtschaftslehre“ anzunehmen. Der vorliegende Sammelband dokumentiert in neun Beiträgen die Ergebnisse einer entsprechenden Tagung aus dem Jahr 2011.

Heinz D. Kurz spannt in seinem einführenden Beitrag einen großen Bogen von Adam Smith über David Ricardo und Johann Heinrich von Thünen bis zu Paul Krugman bzw. ihren Beiträgen zur Entstehung und Modellierung ökonomischer Disparitäten zwischen Stadt und Land bzw. Zentrum und Peripherie. Ludwig Nellinger widmet sich Thünens „isoliertem Staat“ (1826) als dem fraglos prägenden deutschsprachigen Beitrag zur Raumwirtschaftstheorie, der nicht zuletzt zahlreiche wirtschafts- und agrarhistorische Beiträge inspiriert hat. Günther Chaloupek analysiert gewissermaßen das Erbe Thünens, indem er die raumwirtschaftlichen Beiträge der Historischen Schule (u. a. Roscher, Schmoller, Bücher, Sombart) in den Blick nimmt.

Es folgen vier Beiträge (Karl-Heinz Schmidt, Horst Todt, Johannes Bröcker, Heinz Rieter) zum impliziten Schwerpunktthema des Bandes, der Raumwirtschaftslehre im Nationalsozialismus inklusive der wissenschaftlichen Nachwirkungen. Das hat seinen guten Grund, erfuhren doch die wirtschaftswissenschaftlichen Beiträge zur räumlichen Ordnung der Ökonomie im NS-Staat eine politische Aufwertung. Insbesondere der mit knapp 100 Seiten umfangreichste Beitrag von Heinz Rieter über die Ökonomen im Dienste der NS-Raumplanung zeigt (erneut), wie leicht sich einerseits tradierte Dogmen politisch überformen ließen und andererseits, wie bereitwillig Wissenschaftler dem NS-Regime zuarbeiteten. Das überrascht zwar heutzutage als Befund nicht mehr, dennoch fördern alle vier Beiträge neue empirische Kenntnisse zutage, die über ihren engeren Kern hinaus auch wissenschafts- und universitätshistorisch relevant sind.

Martin J. Beckmann geht anschließend auf sehr knappen drei Seiten auf Leonhard Mikschs Rolle für die Entwicklung der Raumwirtschaftslehre ein. Mikschs Beitrag lag insbesondere darin, die räumliche Verteilung von Angebot und Nachfrage zu systematisieren. Abschließend zeichnet der Herausgeber die jüngeren Beiträge der „spatial economics“ nach, die besonders im angelsächsischen Raum weiterentwickelt wurden und durch Paul Krugmans Arbeiten auch zu Nobelpreis-Würden gelangten.

Der Fokus des Bandes liegt unverkennbar auf der ökonomischen Theoriegeschichte der Raumwirtschaftslehre. Besonders die Beiträge von Kurz und Trautwein sind dabei als konzise Forschungsüberblicke hervorzuheben, die auch Nicht-Ökonomen einen raschen Zugriff auf das Thema und seine (historische) Relevanz ermöglichen. Demgegenüber gehen die Beiträge zur Raumwirt-

schaftslehre im NS-Regime sehr viel stärker ins Detail, wengleich sie mit Ausnahme des Beitrags von Rieter die historische Forschung zur Wissenschaft im „Dritten Reich“ kaum berücksichtigen. Dies ist freilich kein Mangel eines Bandes, der einen vornehmlich dogmenhistorischen Fokus hat.

BORIS GEHLEN

Bonn

VSWG 104, 2017/4, 592–593

Wolfgang Wüst (Hg.)

**Regionale Wirtschafts- und Industriegeschichte in kleinstädtischer-ländlicher Umgebung**

(Mikro und Makro. Vergleichende Regionalstudien 1). Wikomm, Stegaurach 2015, 238 S., 24,80 €.

Der Band präsentiert die Ergebnisse einer Tagung aus dem Jahr 2014, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die industrielle Entwicklung Bayerns außerhalb der Zentren Augsburg, Nürnberg, München und Schweinfurt zu beleuchten (S. 9). Er bildet zudem den Auftakt einer neuen, vom Lehrstuhl für Bayerische und Fränkische Landesgeschichte und dem Zentralinstitut für Regionenforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg herausgegebenen Reihe, die der Veröffentlichung von studentischen Abschlussarbeiten und Tagungsbeiträgen mit lokalen oder regionalen Fragestellungen dienen soll.

Die zwölf Untersuchungen zu Roth, Allersberg, Abenberg, Markt Wendelstein, Sorg, Lauf an der Pegnitz und Rothenburg ob der Tauber, die entsprechend der jeweils behandelten Ortschaft fünf Sektionen zugeordnet sind, fügen sich dabei gut ins das Konzept der „punktuellen“ Industrialisierung ein, dessen Tragfähigkeit Wüst in seiner Themeneinführung noch einmal betont (S. 9). Der knappen Einleitung des Herausgebers, die im Fußnotenapparat einen lobenswert fundierten Überblick über die Forschungsliteratur seit 1975 gibt, folgen die Referate, die am Beispiel der mittelfränkischen Region die Bedeutung von Klein- und Mittelstädten, Dörfern und Märkten für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung Bayerns aufzeigen. Die anschaulich bebilderten Fallstudien verbindet dabei nicht nur der Blick auf die Industrialisierung im ländlichen Raum, sondern auch der Bezug zur Metallveredelung – einem Gewerbe, das die meisten der untersuchten Orte nachhaltig prägte (S. 15).

Das Spektrum der behandelten Themen, deren zeitlicher Horizont sich vom Mittelalter bis ins 20. Jh. erstreckt, ist sehr facettenreich. Hier seien nur die Abschnitte zum Rother Drahtzeug (Hans Peuschel, S. 27–35), zum Weihnachtsbaumschmuck aus Roth (Willi Riffelmacher, S. 37–45), die Untersuchung der landesherrlichen Wirtschaftsförderung durch hugenottische Glaubensflüchtlinge in Schwabach (Wolfgang Dippert, S. 167–182) und der Beitrag zu den Anfängen des Tourismus in Rothenburg ob der Tauber (Georg Seiderer, S. 195–204) kurz genannt. Wie Anett Haberlah-Pohl (S. 47–79) und Sabrina Grünewald (S. 185–194) zeigen, spielte auch in Mittelfranken der Anschluss an das Bahnnetz für die wirtschaftliche Entwicklung eine zentrale Rolle.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Während das Orts- und Personenregister die Arbeit mit dem Band erleichtert, bleibt zu kritisieren, dass die Ergebnisse in Ermangelung einer Zusammenfassung am Ende unverbunden nebeneinanderstehen. Einigen Kapiteln fehlt zudem die Anbindung an größere wirtschaftshistorische Fragestellungen. So ist der lesenswerte Band zwar zweifellos für die Lokal- und Regionalgeschichte interessant und wichtig, die wünschenswerte Synthese von Landes- und Wirtschaftsgeschichte gelingt ihm in seiner Gesamtheit jedoch nicht.

- 1 WOLFGANG WÜST / TOBIAS RIEDL (Hg.): Industrielle Revolution. Regionen im Umbruch: Franken, Schwaben, Bayern. Zentralinstitut für Regionenforschung, Erlangen 2013.

STEPHANIE KRAUSS

Würzburg

